

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 193.

Dienstag, den 19. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Reichstagsfraktion und die Deckungsvorlage.

In den Kreisen der Parteigenossen und Genossinnen ist in der letzten Zeit ein lebhafter Meinungsaustrausch über die Haltung unserer Reichstagsfraktion anlässlich der Abstimmung über die Deckungsvorlage entstanden. Nachdem nunmehr der Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag in Jena erschienen ist, geben wir nachstehend den die Haltung der Fraktion betreffenden Abschnitt aus dem Bericht wieder:

Nachdem die Wehr- und Deckungsvorlagen in zweiter Lesung vom Plenum erledigt worden waren, stand die Fraktion vor der Frage, wie sie sich bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung verhalten sollte. Die Fraktion war sich in Anbetracht der ganzen politischen Situation der Wichtigkeit dieser Entscheidung wohl bewusst; sie hat in zwei Sitzungen, von denen die eine über sechs Stunden gedauert hat, die Stellung der Fraktion und die Bedeutung der Abstimmung über die einzelnen Deckungsvorlagen eingehend, gründlich und bei aller Leidenschaftlichkeit doch sachlichen Debatten untersucht.

Die Abstimmung der Fraktion über die eigentliche Wehrvorlage stand selbstverständlich von vornherein fest. Sowie die Fraktion die neuen Militärforderungen von Anfang an durch alle Stadien der parlamentarischen Beratung hindurch im ganzen und in allen Einzelheiten auf das nachdrücklichste bekämpft hatte, so war es auch für sie bei der endgültigen Schlussabstimmung ein einfaches Gebot der Selbstverständlichkeit, gegen die ebenso unnötige wie gefährliche Wehrvorlage zu stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion verneint damit nicht die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes, die gerade sie erst mit allen Mitteln herbeizuführen bestrebt ist, sondern sie lehnt damit lediglich das heutige stehende Heer als das Instrument des kapitalistischen Klassenstaates ab.

Nicht so einfach war dagegen die Frage zu beantworten, wie sich die Fraktion bei der Abstimmung über die Deckungsvorlagen verhalten sollte. Daß sie gegen das Gesetz über die Veränderungen im Finanzwesen und gegen die Änderung des Reichssteuergesetzes zu stimmen hatte, darüber war von vornherein nur eine Meinung in der Fraktion. Die Meinungsverschiedenheiten erhoben sich bei der Frage der Abstimmung über den Wehrbeitrag und über das Besitztsteuergesetz. Es wurden hierbei verschiedene Ansichten geltend gemacht.

Eine Gruppe der Fraktion vertrat die Ansicht, daß die Fraktion für den Wehrbeitrag und für das Besitztsteuergesetz stimmen müsse. Der Wehrbeitrag sei in seinem innersten Wesen eine auf drei Jahre beschlossene direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, also die — wenn auch nicht genügende — Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung. Ähnlich sei es mit dem Besitztsteuergesetz. Zwar sei der Weg der Vermögenswachstumssteuer ebenfalls mangelhaft, aber trotz aller Verschleierungen und trotz vieler Unzulänglichkeiten enthalte auch das Besitztsteuergesetz ganz unverkennbar die Anfänge zur direkten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer. In unserem Programm forderten wir aber gerade diese Steuern. Dagegen stehe nicht im Programm, daß der Verwendungszweck der Steuern für ihre Annahme oder Ablehnung entscheidend sein müsse. Man würde es deshalb im Lande nicht verstehen, daß die sozialdemokratische Fraktion direkte Reichsteuern ablehnt habe, als sie zum ersten Male in der Lage gewesen sei, sie mit ihren Stimmen durchzusetzen. Dadurch werde auch unsere Agitation sehr erschwert werden, denn bei der Bekämpfung neuer indirekter Steuern hätten wir bisher stets die Einführung direkter Steuern verlangt. Es zwingt uns ferner die unmittelbare Situation im Reichstage zur Annahme der Gesetze. Wenn auch der Wehrbeitrag vielleicht trotz unserer Stimmen angenommen werden würde, so sei dies doch zweifelhaft bei dem Besitztsteuergesetz. Wahrscheinlich stimmten die Konservativen, die Polen und verschiedene Zentrumsmitglieder gegen die Besitztsteuern, so daß sie dann abgelehnt werden würden. Dann seien zwei Möglichkeiten gegeben: entweder Auflösung des Reichstages oder Vertagung der Steuerfrage bis zum Herbst. Gewiß würde jeder an sich gern zu Reichstagsneuwahlen ins Feld ziehen. Aber unsere Kampfesbedingungen würden dann doch sehr ungünstig sein. Man könne uns mit Recht entgegenhalten, daß gerade wir direkte Reichsteuern zu Fall gebracht hätten, während wir sonst immer direkte Steuern gefordert hätten. Wahrscheinlich werde die Fraktion auch einen nennenswerten Mandatsverlust erleiden, was angesichts der bevorstehenden Revision des Zolltarifs von

besonderem Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse sein würde, während den Zollwucherparteien eine geschwächte sozialdemokratische Fraktion gerade recht sein könnte. Erfolge aber keine Auflösung, so würde die Regierung im Herbst neue Steuervorlagen einbringen. Da dann aber nicht mehr die PreSSION der Wehrvorlage hinter der Regierung und den bürgerlichen Parteien stehe, so sei nicht daran zu denken, daß dann wieder direkte Steuern wie diesmal vorgeschlagen werden würden. Wir würden also neue indirekte Steuern verhindern, wenn wir jetzt den direkten zustimmen. Der Verwendungszweck könne nicht in Frage kommen. Wenn die Steuervorlagen zur Abstimmung kämen, sei die Entscheidung über die Wehrvorlage schon gefallen. Wir könnten also die Gesetzgebung der neuen militärischen Forderungen durch eine Ablehnung der Deckungsvorlagen nicht verhindern. Nachdem aber die Wehrvorlage in dritter Lesung und damit endgültig angenommen worden sei, trotz unseres Kampfes und gegen unsere Stimmen, müsse es unser Bestreben sein, die Steuerlast für die Deckung der neuen Militärvorlage vor den Schultern der Arbeiter fernzuhalten. Das sei nur möglich durch Zustimmung zum Wehrbeitrag und zum Besitztsteuergesetz. Die deutsche Sozialdemokratie verstoße damit nicht gegen die internationale Solidarität, sondern sie erfülle damit gerade die Aufforderung des gemeinsamen Manifestes der sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des Deutschen Reichstages vom 1. März 1913, wonach die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden zu legen seien, falls die Bekämpfung der Wehrvorlagen erfolglos sein sollte.

Von der Gegenseite wurde demgegenüber verlangt, daß die Fraktion gegen beide Gesetze stimmen solle. Diese Genossen bildeten in der Begründung ihrer Forderung zwei Gruppen. Die eine Gruppe erkannte an, daß wir für Besitztsteuern stimmen können, wenn die Militärvorlage ohne Rücksicht auf die später zur Deckung der Ausgaben zu beschließende besondere Art der Steuern bereits angenommen worden ist, die Zustimmung zu einer bestimmten Steuer in keiner Weise den bürgerlichen Parteien die Annahme der Militärvorlage erleichtern kann, und daher für uns nur die Entscheidung über eine mehr oder weniger ungünstige Steuer in Betracht kommt. In dem vorliegenden Falle aber haben sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei trotz des entgegengesetzten Beschlusses des Reichstages dennoch mit dem Zentrum dahin verständigt, daß die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage, also die Gesamtabstimmung in der dritten Lesung erst stattfindet, nachdem zwischen ihnen eine Verständigung über die Steuern erreicht worden ist. So sei es auch gekommen; und die zwischen diesen Parteien vereinbarten Besitztsteuern seien die Voraussetzung dafür, daß auch das Zentrum für die Militärvorlage stimmen, die Mehrheit für die Vorlage gesichert werde. Für uns müsse aber der Kampf gegen die Militärvorlage entscheidend sein. Wir müssen in diesem Zusammenhange der Dinge gegen die Besitztsteuern stimmen, um nicht mitzuhelfen, die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage zu schaffen. Die zweite Gruppe berief sich auf den alten Grundsatz der Partei: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der Verwendungszweck sei die Hauptsache. Wenn auch die Wehrvorlage formell vor den Deckungsvorlagen zur Abstimmung gelange, so sei der innere Zusammenhang der Wehr- und Deckungsvorlagen doch nicht zu leugnen. Wir würden deshalb die Mittel für die Durchführung der neuen Militärvorlagen bewilligen, wenn wir für die beiden Gesetze stimmten. Gerade eine solche Abstimmung werde im Lande nicht verstanden werden. Unsere bisherige Stellung gegen den Militarismus sei den Massen vertraut und werde von ihnen gebilligt, wie unsere ständigen Wahlerfolge zeigten. Die neue Taktik aber werde Verwirrung schaffen. Die Programmforderung der direkten Steuern sei nicht so aufzufassen, daß wir dem Klassenstaat in jedem Falle ohne jede Rücksicht auf den Verwendungszweck solche Steuern zu bewilligen hätten. Wir dürften sie nur bewilligen, wenn dadurch indirekte Steuern beseitigt würden. Solcher Fall liege aber nicht vor, es würden im Gegenteil die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern auch dann bewilligt werden, wenn wir dagegen stimmten. Die Haltung der bürgerlichen Parteien könne für uns nicht entscheidend sein. Sie ließen sich von Augenblickserfolgen beeinflussen, für uns dagegen seien unsere Grundsätze und die Wirkung unserer Haltung auf die Massen und auf die zukünftige Entwicklung maßgebend. Aus diesem Grunde brauche uns auch eine etwaige Reichstagsauflösung nicht zu schrecken. Die Wähler würden es verstehen, wenn wir auch diesmal wieder keinen Mann und keinen Groschen bewilligt hätten. Sollten wir wirklich Mandate verlieren, so würden wir doch sicherlich keine Stimmen einbüßen. Bei der Agitation würde uns die Tatsache von Nutzen sein, daß wir durch unsere Stärke die Regierung gezwungen

hätten, die vorliegenden Steuergesetze einzubringen, und man würde unserer Auffassung zustimmen, daß wir durch eine weitere Verstärkung unserer Position nicht nur die Einführung neuer indirekter Steuern verhindern, sondern bessere Steuergesetze als die jetzigen erzwingen könnten. Das gemeinsame Manifest vom 1. März verpflichtet uns nicht für die neuen Steuergesetze zu stimmen, es verlange nur entschiedenen Kampf für Besitztsteuern. Wenn wir für die beiden Vorlagen stimmten, würde das zu heftigen Erörterungen in der Partei führen. Das Wohl der Partei müsse für uns aber wichtiger sein, als die scheinbar geschickte Ausnutzung einer parlamentarischen Konstellation.

Eine dritte Gruppe schloß sich im wesentlichen diesen Argumenten an. Dagegen wollte sie nicht Ablehnung der beiden Gesetze, sondern höchstens Ablehnung des Wehrbeitrages, sonst aber Stimmhaltung. Die sozialdemokratische Fraktion habe im Interesse des arbeitenden Volkes verhindert, daß neue indirekte Steuern beschlossen werden würden; weiter gehe ihr Interesse an den Deckungsvorlagen nicht, sie müsse es den Parteien, die die Wehrvorlagen beschlossen hätten, überlassen, die Deckung zu beschließen. Sollte aber bei der entscheidenden Abstimmung die bürgerliche Mehrheit für das Besitztsteuergesetz in Gefahr geraten, so könne die Fraktion dann immer noch einspringen und verhindern, daß das Besitztsteuergesetz abgelehnt würde und an dessen Stelle im Herbst indirekte Steuern vorgelegt würden.

Die Fraktion schloß sich mit 52 gegen 37 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Argumenten der ersten Gruppe an. Als am nächsten Tage von einem Teile der Fraktion eine nochmalige Erörterung der Frage und nötigenfalls auch eine nochmalige Abstimmung verlangt wurde, lehnte die Mehrheit der Fraktion diese Anregung nach einer lebhaften Debatte ab und bekräftigte dadurch noch einmal ihre Abstimmung vom Tage zuvor.

Einmütig war die Fraktion der Ansicht, daß die unterlegene Minderheit sich dem Mehrheitsvotum zu fügen habe, daß also nicht ein Teil der Fraktion anders stimmen oder auch nur der Abstimmung fernbleiben dürfe. Einmütig wurde ferner beschlossen, unsere Abstimmung durch eine vorbereitete Erklärung zu motivieren. Die Abfassung dieser Erklärung wurde einer Kommission, der Mitglieder aller drei Gruppen angehörten, übertragen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

„Uns fehlt ein August Bebel“.

Unter dieser Überschrift bringt die „Deutsche Montagszeitung“ einen Leitartikel, dem wir das Folgende entnehmen:

Um diesen Toten im grauen Haar haben nicht nur die vier Millionen geweint, denen er die rote Fahne vorangetragen.

Selbst Richard Nordhausen, ein kleiner, aber starrer Antipode Bebels, griff in die Saiten und sang ihm im roten Tag eine Grabhymne. „Er war ein Keil“. Er war's . . . und darum folgt seiner Bahre der trauernde Reid von uns allen, die unter ihren politischen Führern keinen seines Niesensmaßes haben. Wo ist der, für den eines Bürgerlichen Herz so schlagen könnte, wie des Proletariats Seele für August Bebel brannte? Sie wären für ihn gestorben, die Männer mit der schwierigen Faust — wer möchte sich von uns für Herrn Baffermann oder Herrn Pachnicke ins Grab legen? . . . Uns fehlen die Führer, die uns besitzen. Uns fehlt der August Bebel! . . . Uns Bürgerlichen ist das politische Geschäft niemals eine Sache der Freude, immer eine Sache des Eckels. Begreiflich, daß solches Handwerk keine Helden schafft, begreiflich, daß aus solchem Boden nicht Männer wachsen, denen die Herzen der Millionen zuschlagen. Uns blüht kein August Bebel! . . . Früher konnte, wer Bebel nicht im Herzen hatte, zu Bismarck aufblicken. Heute heißen unsere Bismarcks teils Gottlieb von Jagow, teils Theobald von Bethmann. Gottlieb von Jagow ist unser Bismarck fürs Auswärtige. Es wird ohne ihn gemacht. Und er wehrt sich nicht dagegen, daß man ihn gerade in der entscheidenden Endetappe der Balkankrise vierzehn Tage auf Urlaub gehen läßt, damit nun alle Welt weiß, Deutschland hat kein „entscheidendes Wort“ ohne ihn in die Waagschale geworfen. Die hübsche Anekdoten, die Harden in der letzten „Zukunft“ von seinem Wiener Imperialbett erzählt, stimmt zu dem Bilde aufs Haar . . .

Ist unser Bismarck fürs Innere erfreulicher? Man darf von ihm auch ein Hörtörchen aus jüngsten Tagen erzählen. Als die Deckungsvorlage im Reichstage im tiefsten Lehm lag, überbrachte ihm einer der Dreihunderfiebendundneunzig einen Kompromißvorschlag, der später auch der



Sache wieder auf die Beine half. Was freilich der Doktor Theobald vorerst nicht glauben wollte. Er suchte die Denkerachseln. Und seinem Philosophenmund entstrangen sich müde die Worte: „Versuchen Sie doch einmal, Herrn Erzberger davon zu überzeugen!“ Der eine kann das Eisenbahnfahren nicht vertragen und des andern Kahn steht unterm Stern Erzbergers . . .

Führer, für die unser Herz entbrennen soll? Führer, die den Weg in unsere Seele finden wollen? Führer, die uns den Bebel erlegen sollen, der uns fehlt? Laß dich nachrufen in dein Züricher Grab, grauer Kämpfer: Du hast auch unsere Tränen. Um dich weinen auch die, denen du keine Fahne trugst. Gerade darum, weil du sie uns nicht trugst! . . .“

### Ein Gesekentwurf über die Neuverteilung der Zoll-entschädigungen

für die Bundesstaaten ist, wie schon wiederholt angekündigt worden ist, in der Vorbereitung begriffen und bereits den Bundesregierungen zur Aeußerung zugesandt worden.

Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften sind den einzelnen Bundesstaaten die Verwaltung und Erhebung der Zölle und Steuern für das Reich übertragen worden, wofür ihnen nach bestimmten Sätzen Vergütungen zustehen. Die Verteilung der zu zahlenden Entschädigungen auf die Bundesstaaten ist ungleichmäßig und hat zu vielen Klagen Veranlassung gegeben. Die Neuregelung muß eine Abänderung der Verfassung zur Folge haben, da durch diese zum Teil die Höhe der Entschädigungen der Bundesstaaten durch das Reich festgesetzt worden ist. Die Schwierigkeiten, die sich aus einer Neuregelung ergeben, bestehen darin, daß die Beamten, die in den Bundesstaaten die Ueberwachung der Abgaben nach den bestehenden Gesetzen zu besorgen haben, nicht nur die Rechte des Reichsfiskus, sondern auch die des betreffenden Landesfiskus wahrnehmen müssen. Es ist demnach schwer festzustellen, welcher Teil der Arbeitsleistung des einzelnen Beamten auf die Tätigkeit für das Reich oder aber für den Bundesstaat entfällt.

### Konservative Angriffe auf das Reichstagswahlrecht.

Die Konservativen haben herausgefunden, daß die Entscheidungen der Wahlprüfungskommission und des Reichstags monach ein vorübergehender Wohnsitz z. B. in einer Heilanstalt usw. zur Ausübung des Wahlrechts in dem Kreis berechtigt, in dem sich der vorübergehende Wohnsitz befindet, dem Liberalismus und der Sozialdemokratie zu günstig seien. Die „Konservative Korrespondenz“ fordert daher in einem längeren Artikel eine Aenderung des Reichstagswahlgesetzes dahin, daß eine längere Anwesenheit für die Ausübung der Wahl eingeführt werde. Der Wanderbevölkerung und allen denen, denen ihr Beruf einen längeren Aufenthalt an einem Orte unmöglich macht, würde dadurch das Wahlrecht genommen werden zugunsten der häuerlichen Kreise, die natürlich nicht in die Lage kommen, in kurzer Frist den Wohnsitz ändern zu müssen. Das konservative parteiamtliche Organ gibt seinen innersten Wünschen ganz unverblümt in folgenden Sätzen Ausdruck:

„Es wird unbedungen zu erörtern sein, ob es mit dem Staatswohl verträglich ist, dem unruhig im Lande hin- und herziehenden Bevölkerungsteile weiter die Möglichkeit zu belassen, die politische Anschauung der bodenbekanntesten Bevölkerung zu unterdrücken. Mit Angriffen auf das Reichstagswahlrecht hat die Frage an sich nichts zu tun, es handelt sich vielmehr darum, eine Lücke in dem bestehenden Zustande auszufüllen und eine Prämie abzujuchsen, die dieser Zustand zurzeit auf politische Reizbarkeit setzt.“

Der Reichstag wird hoffentlich Mannes genug sein, diesen unverfrorenen Anschlag auf das allgemeine Wahlrecht abzuwehren.

### Der Beutezug der Gemüsebauern.

Herr Beckmann, der Generalsekretär des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, bezieht den seltenen Mut, der Presse Berichtigungen zu senden, in denen er seine Aeußerungen auf der Generalversammlung seines Verbandes abstreift, die damals sofort in der Presse erschienen und einen Monat un widersprochen blieben. Es handelt sich um die Bezugnahme auf den Wehrbeitrag, die Fremdherrschaft Napoleons und die Fremdherrschaft des ausländischen Gemüses in Deutschland.

Gegenüber der Berichtigung stellt der Berichtstatter der damaligen Versammlung fest, daß er die besprochenen Aeußerungen sofort zu Papier gebracht hat und seinen Bericht vollkommen aufrichtig erhält. Bei den Worten: „1813 hat sich das Volk von der Fremdherrschaft befreit; die Regierung möge nun alles tun, damit wir durch hohe Zölle auch auf dem Gemüsemarkt uns von der Fremdherrschaft befreien“, wurde dem Redner ein lebhaftes Bravo zugerufen. Dann schilberte er die Ausgaben für die neue Heeresvorlage, und daß sie dazu zwingen, die Einnahmen zu erhöhen. Darauf sagte Herr Beckmann: „Wir haben die Milliarde gerungen. Wir sind zwar keine Millionäre, aber in Kapital in unserem Grund und Boden liegen Millionen. Wo bleibt die Gegenleistung? Die Gabe gegen das Ausland nahm die Regierung an, wann schickte uns die Regierung gegen das Ausland? Herr Beckmann schloß mit den Worten: „Wir kämpfen um die Güter der deutschen Gärtnerei.“

Vorher besprach er die Einigung über die Tariffäge unter den Gemüsegärtnern: „Was wir getan haben, ist nur Vorarbeit gewesen; jetzt beginnt die Kleinarbeit. Nun tragen Sie die Aufsichtung dahin, wo es von Nutzen ist, in die Kammern, zum Handelsminister, zu der Regierung hinein.“ (Er erwähnte sogar die Hintertreppen.) Die Reichsregierung — ich komme in meine Stimmung: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten — die Reichsregierung schließt, und ich möchte in einer noch galligeren Stimmung sagen: Ueber allen Gipfeln ist Ruh.

Wahrscheinlich war Herr Beckmann fünf Wochen lang auf Hintertreppen-Agitation bei der Regierung, sonst hätte er die Berichtigung schon früher schreiben können; aber man hat ihm wegen seiner Rede Vorwürfe gemacht. Er bei der Hintertreppen-Agitation die

Treppe heruntergefallen, so haben wir ein menschliches Rühren und nehmen ihm seine Berichtigung nicht weiter übel. Anders können wir uns das Abstreiten seiner eigenen gesprochenen Worte nicht erklären.

### Die Hungerpeitsche im Zentrumslager.

Die antibakemische „Kölner Korrespondenz“ beschäftigt sich mit der Stellung der „Germania“ innerhalb der Zentrumspartei. Dieses „Zentralorgan der Zentrumspartei“ sei der „Kölner Volkszeitung“ ein Dorn im Auge; einmal, weil es eine für sie gefährliche Konkurrenz in geschäftlicher Beziehung sei und weil sie als aufmerksamere Beobachterin der religiös-politischen Extravaganzen am Rhein auch vom politischen Standpunkt aus der „Kölner Volkszeitung“ unbequem werde. Die unkatolische Haltung der „Kölner Volkszeitung“ in Fragen des öffentlichen Lebens habe in der „Germania“ stets eine in der Form schonende, inhaltlich aber bestimmte Zurückweisung erfahren. Jetzt sollten nun die unbequemen Mahner aus der Redaktion der „Germania“ hinausgewählt werden. Die „Kölner Korrespondenz“ schließt diese Mitteilung mit dem Satz: „Das bekannte Kölner Rezept: die Hungerpeitsche! Dann aber werden die Fegeln fliegen.“

Ob die Herikalen Blätter, die auftragsgemäß ihre Spalten mit „Terrorismus-Nachrichten“ aus der Sozialdemokratie füllen, wagen, auch diese Terrorismusgeschichte aus dem eigenen Lager mitzuteilen? Vor lur op!

### Schiebungen bei militärischen Grundstücksgeäften?

Der Kriegsminister hat gegen einen Herrn Sebaldt aus Steglitz Strafantrag wegen Beleidigung des Kriegsrats Selle gestellt. Der Prozeß dürfte nicht uninteressant werden, da bei der Gerichtsverhandlung die Grundstücksgeäfte des Militäriskus einer eingehenden Beleuchtung unterzogen werden dürften. Im Reichstag waren seinerzeit die fiskalischen Grundstücksgeäfte zur Sprache gebracht worden, die mit der Anlage des Truppenübungsplatzes im Zusammenhang standen. In Verfolg der damals aufgestellten Behauptungen, daß der Fiskus durch Grundstückspekulanten einerseits geprellt worden sei, hat der obengenannte Sebaldt in einer Eingabe an den Kriegsminister die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Geh. Kriegsrat Selle verlangt, den er beschuldigt, an unlauteren Geldverdiensten bei diesen Grundstücksgeäften teilgenommen zu haben. In der Eingabe wird behauptet, Selle habe mit dem Amisvorsteher Richter in Sperenberg und dem Landrat Achenbach sowie mit dem Bürgermeister von Zossen und einem Berliner Bankdirektor in Verbindung gestanden, und alle die Genannten hätten sich bei dem Terrainankäufen des Militäriskus bereichert. Der Fiskus habe für Grundstücke in der Gemarkung des Dorfes Schöneiche 470 000 Mark an Zwischenhändler zahlen müssen, die den Eigentümern das Terrain für 97 600 Mark abgekauft, also einen Spekulationsprofit von 372 400 Mark gemacht hätten. Der Fiskus habe für das gesamte Gelände bei Zossen 13—14 Millionen Mark bezahlt, von denen 3—4 Millionen in die Taschen von Leuten geflossen seien, die jene Käufe auszunutzen verstanden. Alle Bemühungen, dieses Treiben zu verhindern, seien gescheitert. Der Pfarrer Stier in Moken, der den Spekulanten das Handwerk legen wollte, sei dabei mit seiner vorgelegten Behörde in Konflikt geraten und habe sich eine Strafverurteilung zugezogen.

Das Gericht, das zufolge des Strafantrages des neuen Kriegsministers die angegriffene Ehre des Kriegsrats Selle wieder herstellen soll, wird nicht darum herumkommen, diese mit ziemlicher Bestimmtheit gemachten Angaben eingehend zu prüfen und es wird sich ja dann herausstellen, was von den Behauptungen Sebaldts richtig ist. Angesichts der Gerissenheit des Grundstückspekulantentums und so mancher panamistischer Erscheinungen der letzten Zeit klingen die Behauptungen des Sebaldt nicht gerade unwahrscheinlich.

### Zur Krupp-Affäre.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ (Nationalzeitung) meldet, daß der von der Firma Krupp seiner Stellung enthobene Maximilian Brandt einen Nachfolger gefunden hat und zwar in einem Major Steinmeyer, der die Berliner Vertretung der Essener Firma übernommen und bereits seinen Posten angetreten hat. Weiter schreibt die genannte Zeitung: „Wie es heißt, soll im Kriegsministerium ein neuer Geheimverlaß verlaßt werden, in dem der Verkehr der Beamten mit Angehörigen von Firmen der Rüstungsindustrie eine Regelung nach bestimmten Normen erfährt. Keinesfalls beabsichtigt man aber, so wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, irgend eine Maßnahme zu treffen, ehe der zweite Prozeß gegen Brandt verhandelt worden ist.“

### Die württembergische Regierung und Bebels Tod.

Von einem schwarzen Verdacht sucht sich der offizielle „Staatsanzeiger“ für Württemberg zu reinigen. In Scharfmacherblättern war ihm der schwere Vorwurf gemacht worden, er habe durch ein Extrablatt den Tod Bebels verkündet, worin eine Aufmerksamkeit für den Revolutionär und eine arge Begriffsverwirrung in den obersten württembergischen Stellen erblickt wurde. In den eigenen Spalten sich zu verteidigen, scheint dem Regierungsorgan nun doch zu läppisch zu sein, dagegen wird in einer, anderen Blättern zugestellten offiziellen Notiz versichert, daß die obersten württembergischen Stellen mit der Sache nichts zu tun haben, daß der „Staatsanzeiger“ auch kein Extrablatt ausgegeben habe, sondern auf einer an seinem Gebäude angebrachten Aushängetafel das neueste Telegramm vom Tode Bebels registriert habe. Die Redaktion des „Staatsanzeigers“ wird also wohl unter Zubilligung mildernder Umstände mit einem Verweis davon kommen.

Die klagliche Entschuldigung ist ein Symptom des politischen Aufzuges, der mit der Stärkung des Zentrums und der Konservativen in Württemberg eingezogen ist. Seinerzeit hat der württembergische „Staatsanzeiger“ aus der Feder eines nachmaligen Ministers eine höchst verständige Besprechung des Marzischen Kapitals gebracht. Bei Abhaltung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 widmete der

„Staatsanzeiger“ der Sozialdemokratie einige freundliche Worte. Damals ist eine Entschuldigung gegenüber den Angriffen, die auf ihn gerichtet wurden, unterblieben. Heute aber getraut sich die Regierung eine selbständige Haltung gegenüber den schwarz-blauen Parteien nicht mehr zu.

### Balkan.

Die Rückkehr zum Friedenszustand vollzieht sich auf der Balkan-Halbinsel nicht sehr schnell. Die Türken raffen von neuem mit Säbeln und drohen, den Griechen zum Hohn, weiter nach Westen vorzurücken. Sie haben den Großmächten erklärt, daß sie vielleicht gezwungen wären, die Marika zu überschreiten und eventuell Bulgarien den Krieg zu erklären. In Sofia scheint man es ferner unangenehm zu empfinden, daß, obwohl Bulgarien und Rumänien den Bukarester Vertrag ratifiziert haben, bisher noch kein rumänischer Soldat Bulgarien verlassen hat. Aus Braha und Trojan beginnen erst jetzt langsam die Rückmärsche. Die serbische Demobilisierung geht sehr langsam vor sich und in serbischen militärischen Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Durchführung der Demobilisierung noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde einerseits wegen der außerordentlichen Größe des Rekrutierungsraumes der Truppen, andererseits wegen der durch die Cholera bedingten besonderen sanitären Maßnahmen. Sobald alle Durchführungsanordnungen erfüllt sein werden, wird das Armee-Oberkommando von Kestib nach Belgrad verlegt werden.

Bei einem Rückblick auf die beiden Balkan-Kriege veranlaßt der augenblicklich in Mazedonien weilende Korrespondent des „Corriere del Sera“, der sämtliche Hauptpunkte der Balkan-Schlachtfelder besucht hat, eine Schätzung der Verluste der Balkanstaaten. Er schätzt die Opfer an Menschen und Geld im ersten Feldzuge folgendermaßen: Bulgarien: 350 000 Mann mobilisiert, 80 000 Tote, 1200 Millionen Mark Kosten. Serbien: 250 000 Mann mobilisiert, 30 000 Tote, 620 Mill. Mark Kosten. Griechenland: 150 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 280 Mill. Mark Kosten. Montenegro: 30 000 Mann mobilisiert, 8000 Tote, 16 Mill. Mark Kosten. Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 100 000 Tote, 1600 Mill. Mark Kosten. Für den zweiten Feldzug sind nach derselben Quelle die Zahlen schätzungsweise folgende: Bulgarien: 60 000 Tote, 720 Mill. Mark Kosten. Serbien: 40 000 Tote, 400 Mill. Mark Kosten. Griechenland: 30 000 Tote, 500 Mill. Mark Kosten. Wenn man hierzu die Ermordeten und die Opfer der Cholera und anderer Epidemien hinzunehme, so dürften die Menschenverluste in den beiden Kriegen 400 000 betragen, während die finanziellen Kosten insgesamt auf 5 200 000 000 Mark zu schätzen sind. Und warum das alles??

### Amerika.

Er mag nicht. Der Präsident Huerta von Mexiko lehnte jede Vermittlung der Vereinigten Staaten ab. Der Plan Wilsons, die Mexikaner sanft und schmerzlos einzuwickeln, ist also gescheitert.

### Die Landtagswahlen in Finnland.

Helsingfors, 13. August. Wie vorausgesehen war, ist die Teilnahme an der diesmaligen Wahl seitens der finnländischen Bevölkerung recht schwach gewesen, es haben nur etwa 50 % der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. Im ganzen wurden 721 528 Stimmen abgegeben; gegenüber der letzten Wahl vor zwei Jahren haben diesmal 85 566 Wähler weniger gestimmt. Dieser Rückgang in der Wahlbeteiligung ist recht groß, unter ihm haben alle Parteien zu leiden.

Prozentual am wenigsten hat die Sozialdemokratie unter dem allgemeinen Rückgang zu leiden gehabt, am meisten die mit den Russen fraternisierenden Mittfinnen (Konservative), die sich wohl mit der Zeit mit dem russischen Regierungssystem ausöhnen werden, da es ihnen ja gewissermaßen gesinnungsverwandt ist. Von den an der Wahl beteiligten Parteien erhielten Stimmen:

	1911	1913	1911	1913
Sozialdemokratie	321 201	308 782	86	90
Schwedische Volkspartei	106 810	94 458	26	25
Jungfinnen (Liberalen)	119 361	105 020	28	29
Mittfinnen (Konservative)	174 177	145 783	43	38
Agrarier	62 885	56 478	16	18
Christliche Arbeiterpartei	17 245	5 223	1	—
Witbe	708	1 613	—	—
Ungültig	4 707	4 171	—	—

Die Sozialdemokratie verlor ein Mandat an die Agrarier, gewann dagegen drei von den Mittfinnen und je eines von der schwedischen Volkspartei und der christlichen Arbeiterpartei. Die letztere ist damit völlig aus dem finnischen Parlament herausgedrängt worden. Diese Tatsache ist wohl das Erfreulichste an dem ganzen Wahlergebnis. Daß unsere Partei trotz des Stimmenrückgangs noch vier neue Mandate gewinnen konnte, liegt an dem System des Proporz, das in Finnland gilt. Bemerkenswert ist auch noch, daß die Frauen, die bekanntlich ebenfalls wahlberechtigt und auch wahlbar sind, durchgängig in größerer Zahl an der Wahl teilgenommen haben als die Männer. Die sozialdemokratische Fraktion zählt 13 oder 14 weibliche Mitglieder.

In den größeren Städten, wie Helsingfors, Wiborg, Obo usw., wo sich die russische Oberaufsicht über das Tun und Lassen der Finnländer am meisten konzentriert, war die Wahlbeteiligung weit schwächer als auf dem Lande, wo das russische Spindelwesen noch nicht so ausgebreitet ist. Aber trotzdem haben unsere Genossen in der Hauptstadt Helsingfors es vermocht, ihre Stimmenzahl gegen 1911 um über 700 zu vermehren, während alle anderen Parteien zurückgegangen sind. Ueber diese Tatsache sind nicht nur die russischen Behörden, sondern auch die bürgerlichen Parteien aufs höchst erstaunt; denn allgemein glaubte man, daß gerade die sozial am meisten abhängige Arbeiterschaft sich am ehesten von der Wahl fernhalten würde. Wie groß die Angst vor der Wahl übrigens in den Städten war, zeigt die in der Hauptstadt Helsingfors von 71 733 eingeschriebenen Wählern nur 31 977 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, und verhältnismäßig noch schlechter



war die Beteiligung in der Stadt Wiborg die besonders hart unter dem russischen Druck zu leiden hat.

Im übrigen ist der Rückgang der sozialdemokratischen Gesamtstimmengahl um 12 419 Stimmen recht erklärlich. Er resultiert natürlich nicht aus der Angst vor den russischen Machthabern, seine Erklärung liegt auf ganz andern Gebieten. Unsere finnländische Bruderpartei rekrutiert sich zu einem großen Teile aus kleinen Bauern und Land- und Waldarbeitern. Für diese ist die Ausübung des Wahlrechts oft mit großen Zeit- und Geldkosten verknüpft, denn, gewöhnlich viele Meilen vom Orte der Wahl entfernt wohnend, geht ein ganzer Tag und vielleicht auch noch mehr verloren, wenn sie ihr Wahlrecht ausüben wollen. Im Spätherbst oder Winter, wo sie nicht viel zu versäumen haben, scheuen diese Genossen ein solches Opfer nicht, aber während der jetzigen Jahreszeit, wo sie alle mit der spärlichen Ernte beschäftigt sind, müssen sie bei dem kurzen Sommer jede Stunde wahrnehmen, um den Ertrag ihrer Arbeit, an dem ja die ganze Existenz hängt, zu bergen. Wiederum sind gerade im Sommer viele Arbeiter von ihrem ständigen Wohnort abwesend, um anderwärts ihrem Verdienste nachzugehen. Hier kommen hauptsächlich die Bauhandwerker und Steinbrucharbeiter in Betracht. Nur auf diese Weise ist der Rückgang unserer Stimmengahl zu erklären, der übrigens bei jeder Wahl zu dieser Jahreszeit eintreten wird, auch unter normalen Verhältnissen. Hauptsächlich um zu verhindern, daß wieder eine so starke sozialdemokratische Fraktion in den neuen Landtag zurückkehrt, hat man den Wahltermin auf eine für uns so ungünstige Zeit gelegt. Denn gerade die so starke sozialdemokratische Vertretung im Landtag war ja das Rückgrat der Opposition gegen die russische Vergewaltigung. Ohne die Sozialdemokratie hätte die russische Regierung ein viel leichteres Spiel mit der Selbständigkeit des Landes gehabt.

Das Resultat der Wahl zeigt denn auch zur Evidenz, wie der Druck der Russen auf die bürgerlichen Parteien bereits gewirkt hat. Eine allgemeine Mutlosigkeit herrscht unter ihnen, und die Tatsache, daß man in Petersburg die meisten Beschlüsse des Landtages verwirft, ist außer Kraft, hat die Bürgerlichen nicht etwa zu energischer Agitation vor den Wahlen angefaßt; im Gegenteil haben sie sich einer Resignation hingegeben, die da alles nimmt, was von Petersburg kommt. Mit der Motivierung: „Es nützt ja doch nichts“, blieben die Bürgerlichen größtenteils der Wahlurne fern, in der stillen Hoffnung, damit die russischen Machthaber nicht noch mehr herausgefordert zu haben. Eine während der Wahlbewegung einsehende Agitation, den Wahlkampf von allen Parteien unter der gemeinsamen Parole „Gegen die russische Gewalt“ zu führen, die Parteigegensätze völlig beiseite zu lassen und das gesamte Volk zu einem einmütigen Protest gegen Rußland zu veranlassen, scheiterte kläglich an der Angst der Bürgerlichen. Und als dann einige Versammlungen teils verboten, teils von Kofaken gesprengt wurden, befiel diese bürgerlichen Selben, die so viel von der Freiheit und Selbständigkeit Finnlands, für die sie bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wollten, schwafelten, eine schlotternde Angst, und sie waren weder in eine Versammlung noch an die Wahlurne zu bringen.

Unter diesen Umständen werden sich die russischen Gewaltthaber in Zukunft noch weniger um die Beschlüsse des Landtages bekümmern. Ihr Ziel ist die vollständige Beseitigung des finnländischen Parlaments, und es wird gewiß nicht lange dauern, bis der neue Landtag aufgelöst wird. Die russische Regierung wartet nur mit der Beseitigung des Landtages bis zu dem Punkt, wo sich mehr als die Hälfte der Wähler nicht mehr an der Wahl beteiligt. Und hier gibt ihr ja die bürgerliche Presse einen deutlichen Fingerzeig, indem sie betont, die schwache Wahlbeteiligung resultiere aus einer gewissen Wahlmüdigkeit. In Wirklichkeit ist es aber die Angst vor den Russen. Diese werden natürlich so oft wie möglich die Wahlprozedur vornehmen, während der Wahlbewegung einen immer schärferen Druck ausüben, um so die „Wahlmüdigkeit“ deutlicher in Erscheinung treten zu lassen, um dann mit einem Strich das ganze Parlament aufzuheben, mit der einfachen Begründung, daß es die Mehrheit des finnischen Volkes nicht mehr hinter sich habe.

Aber in folge der sich ergebenden „Wahlmüdigkeit“ der bürgerlichen Elemente ist eine sozialdemokratische Mehrheit im finnländischen Landtag in greifbare Nähe gerückt. Es fehlen der sozialdemokratischen Fraktion nur noch 11 Mandate an der absoluten Majorität, die sie bei einem Wahltermin zu einer den Arbeitern gelegenen Zeit recht gut erreichen kann. Mit einer solchen Majorität hätte die russische Regierung natürlich lange nicht das leichte Spiel, wie bisher mit der aus den vier Parteien bestehenden bürgerlichen Mehrheit. Während diese stets einschwenkte, nachdem eine ernste Mahnung oder Drohung aus Petersburg kam, und sich der Gewalt fügte, würde unter einer rein sozialdemokratischen Landtagsmehrheit der Kampf um die Selbständigkeit und politische Freiheit Finnlands ganz andere Formen annehmen. Jedenfalls ist soviel sicher, daß das Wohl und Wehe Finnlands gegenwärtig nur allein bei der Sozialdemokratie liegt. Sie allein ist es, die alles zu opfern gewillt ist, die Selbständigkeit Finnlands zu bewahren, es von dem russischen Druck zu befreien, und, wie das Resultat beweist, ist unsere Partei im Lande nicht nur weitaus die größte, sie ist auch das sicherste Bollwerk gegen das Zarentum, das mit dem wachsenden russischen Einfluß immer stärker werden muß. Der Kampf um Sein oder Nichtsein Finnlands wird letzten Endes nur zwischen der Sozialdemokratie und den Schergen des Zaren stehen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 19 August.

Die „Volksfürsorge“ und ihre Gegner. Gegenwärtig wird in Arbeiterkreisen für die öffentlich-rechtliche Volksversicherung eine rege Propaganda entfaltet. Welcher Mittel man sich hierbei bedient, mag daraus hervorgehen, daß die Volksfürsorge als sozialdemokratisches Unternehmen bezeichnet und bei dieser Gelegenheit weidlich auf die Sozialdemokratie geschimpft wird. Ferner wird z. B. jetzt in Seereis nach uns ausgegangenen Mitteilungen mit offenkundigen Unwahrheiten operiert. Es muß in der Tat äußerst schlecht bestellt sein mit der Verheerung der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung.

wenn sie schon zu solchen unanständigen Mitteln greifen muß. Demgegenüber müssen sie sich alle gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter zur Pflicht machen, nunmehr mit aller Energie für die „Volksfürsorge“ — unserm Unternehmen — zu wirken. Insbesondere ist das die Aufgabe der Vertrauensmänner. Die „Volksfürsorge“ ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das dem ganzen Volke ohne Unterschied des religiösen und parteipolitischen Bekenntnisses dienen soll. Das wir uns vor allen Dingen erstmal an sämtliche gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte wenden, die unserm Unternehmen schon ein festes Vertrauen entgegenbringen, ist ganz selbstverständlich. Bei den ganz außerordentlich günstigen Bedingungen wird das Werben für die Vertrauensleute nicht so schwer werden. Von nicht geringer Bedeutung wird es sein, daß die durch die Prämienzahlungen der Versicherer angelassenen Kapitalien, soweit dies nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig und nach den gegebenen Verhältnissen möglich ist, im Interesse der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung zur Förderung von Kulturaufgaben, zur Errichtung von Heilstätten, von Genesungs- und Erholungsheimen, zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues Verwendung finden werden. Versicherungsanträge werden von allen Funktionären der Gewerkschaften entgegengenommen. Man kann sich aber auch direkt an die Rechnungsstelle, Johannisstraße 48 pt., geöffnet von 7½ bis 9 Uhr abends, wenden, die auch Flugblätter und anderes Material gerne zur Verfügung stellt. Jeder, der mithilft, Anträge aufzunehmen, also dieses neue Unternehmen zu kräftigen, tut es nicht für die Volksfürsorge, sondern für die Gesamtheit der Volksgenossen. Darum auf zur Propaganda für die „Volksfürsorge“.

Erst lesen — dann unterschreiben. Fast jeden Tag hat man Gelegenheit, Fälle zu beobachten, wo die leichtsinnige Hergabe der Namensunterschrift die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen nach sich zieht. Besonders sind es Frauen, die sich auf diese Weise durch redigierbare Agenten oder Reisende in die schlimmste Verlegenheit bringen lassen. Der häusliche Friede mancher Familie ist auf diese Weise schon schwer gestört worden. Die Reisenden von Silbergeschäften, Uhrenfirmen, Buchhandlungen, Nähmaschinen- und Abhängungsfirmen usw. kennen diese Schwäche der Frauen nur zu gut und suchen sich für ihre Besuche mit Vorliebe die Zeit heraus, wo der Mann im Geschäft ist. Durch ihre Zubringlichkeit und ihr unablässiges Geschwätz bringen sie es oft dazu, daß die Frauen, um den unangenehmen Besuch los zu werden, schließlich einen ihnen vorgelegten Zettel, ohne seinen Inhalt zu lesen, unterschreiben. Wenn nichts anderes hilft, dann geben die Reisenden wohl auch noch den Frauen die Versicherung, daß die Hergabe der Unterschrift nichts zu bedeuten habe, es sich nur um die Adresse handle usw. Damit ist das Geschäft gemacht, und es wundern sich dann die so hereinfallenen nicht wenig, daß sie auf Grund ihrer Unterschrift gehalten sein sollen, oft sehr überflüssige und in recht zweifelhaftem Wert stehende Waren abzunehmen. In solchem Falle hilft aber alles nichts, die Ware muß abgenommen und bezahlt werden. Der unterschriebene Zettel entpuppt sich nachträglich in der Regel als ein ordnungsmäßig unterschriebener Kaufvertrag, der höchst raffiniert abgefaßt ist und an dem es nichts zu deuteln gibt. Auch die Ausrede, daß man den Inhalt des unterschriebenen Vertrages nicht gelesen habe, ist zwecklos, denn das Gericht stellt sich in solchen Fällen auf den Standpunkt, daß man nichts unterschreiben sollte, was man nicht gelesen hat. Wehlich liegen die Verhältnisse beim Abschluß von Versicherungsvträgen. Hier kann nicht genug zur Vorsicht geraten werden. Es scheint aber, als ob alle Warnungen vergeblich sind, denn täglich kann man neue Fälle erfahren, in denen leichtgläubige den Beteuerungen und Versprechungen der Versicherungsagenten zum Opfer fielen. Die Häufung derartiger Fälle erklärt sich daraus, daß zurzeit die Agenten aller kapitalistischen Versicherungsgesellschaften angestrengt tätig sind, Versicherungsverträge abzuschließen, um die auf gewerkschaftlich und genossenschaftlicher Grundlage geschaffene Volksfürsorge nicht aufkommen zu lassen. Hierbei bedienen sie sich sehr oft der zweifelhaftesten Mittel. Die Vorteile der Versicherung werden in den leuchtendsten Farben geschildert, über die Versicherungsbedingungen, die Schwierigkeiten bei der Prämienzahlung usw. geht man dagegen möglichst schnell hinweg. Da die Versicherungsagenten meist nur auf Provision angestellt sind, so haben sie ein begreifliches Interesse daran, möglichst hohe Versicherungsabschlüsse zu erzielen. Ihrer Ueberredungskunst gelingt es auch sehr häufig, Arbeiter zum Unterschreiben von Versicherungsanträgen zu bewegen, deren Erfüllung weit über ihre Kräfte geht. Auch in solchen Fällen unterzeichnen nur zu viele unbedenken das, was ihnen zur Unterschrift vorgelegt wird. Die Folgen bleiben nicht aus. Zu spät wird die begangene Dummheit erkannt und versucht, von der drückenden Verpflichtung los zu kommen. Das ist jedoch vorgebildetes Bemühen! Die Versicherungsgesellschaften bestehen auf ihren Schemen und die Bezahlung mindestens einer Jahresprämie. Wohl oder übel bleibt dem Hereingefallenen nichts anderes übrig, als zu zahlen, denn läßt er es auf eine Klage ankommen, so muß er auch noch die daraus entstehenden hohen Kosten tragen. Auf diese Weise, lediglich als Folge einer leichtfertigen Hergabe der Unterschrift, gehen den Arbeitern und den ihnen nahestehenden Kreisen jährlich Millionen verloren, wird die Existenz zahlreicher Familien auf das schwerste erschüttert und beeinträchtigt. Alle diese Schädigungen könnten vermieden werden, wenn jedermann zweifelhaftes, überflüssige oder sonst nicht konvenierende Angebote von Reisenden oder Agenten kurz und bestimmt zurückweist und sich auf keinerlei weitere Erörterungen einläßt. In keinem Falle sollte man aber sich dazu verstehen, etwas zu unterschreiben, was man nicht vorher aufmerksam durchgelesen hat. Laßt sich niemand durch das Drängen eines Reisenden dazu bestimmen, hiervon abzuweichen, denn hinter solchem Drängen steckt meist keine ehrliche Absicht. Um ganz sicher zu gehen, fordere man auch stets eine Abschrift des Unterschriebenen. Nur bei Anwendung dieser Vorsichtsmaßnahmen wird man vor Schäden bewahrt bleiben.

b. Schöffengericht am 19. August. Verbotener Weg! Seit 40 Jahren dient der Weg von der Gutiner Brücke nach der Talstraße dem öffentlichen Verkehr. Vor Jahren wurde von der Bahn beantragt, die Polizei möge eine Warnungstafel anbringen lassen, auf der das Betreten verboten werde. Das Polizeiamt lehnte dieses ab, weil es sich um einen öffentlichen Weg handle, der nicht zur Bahnanlage gehöre. Jetzt ist doch eine Warnungstafel angebracht, die der Handlungsgehilfe W. nicht beachtete resp. nicht berücksichtigen konnte, weil er auf dem Geschäftswege zu zwei Schiffen mußte, die sonst nur auf dem Wasserwege zu erreichen gewesen wären. W. sollte drei Mark Strafe bezahlen. Die richterliche Entscheidung wurde aufgesetzt; es werden weitere Zeugen geladen, die das hergebrachte Recht bekünden sollen. — Feuerwehrepflichtig sind auf dem Lande junge Leute vom 18. Jahre ab. Der Kaufmannslehrling B. in Wulfsdorf mißachtete diese Vorschrift. Er schützte Krankheit vor, obwohl er zwei Stunden nach der Probe in der Wirtschaft saß. Sein „Magenleiden“ konnte ihm nicht widerlegt werden, weshalb Freispruch erfolgte. — Eine hübsche Bluse im Werte von 15,25 Mk. verjente die Ehefrau L. in ihrem Regenschirm, als sie bei Karstadt Spitzeln auslachte. Der verstoßene Griff wurde aber doch bemerkt. Da die Frau vor langer Zeit wegen Diebstahls einen Tag erhielt und

wegen Holzholens aus dem Walde mit einer Geldstrafe bedacht wurde, wird heute auf 14 Tage Gefängnis erkannt. — Freude und Trauer. Als sich der jugendliche Arbeiter B. für 5 Mk. Liebe erkaufen wollte, wurde er wohl das Silberstück los, erhielt aber keine Gegenleistung. Dafür machte er so heidenmässigen Krach, daß er aus den heiligen Hallen gewaltsam entfernt werden mußte. Seine Wut ließ B. an dem Schuhmann aus, der ihn zur Wache bringen sollte. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht faßte den doppelten Sturmangriff milder auf und erkannte auf 2 Wochen Gefängnis, von denen 1 Woche auf die Untersuchungshaft angerechnet wird. — Nero's wurde der Metzger L., als er auf dem Bahnhofe zwei Glas Bier bezahlen sollte. Er hatte zwar auf seiner Tour von Grömling her bereits mit andern 26 Mk. in Alkohol umgelegt; es ging mit dem Kleingeld zu Ende, da wurde zum Schluß gekaufert und Krach gemacht. Der Schuhmann sollte den oft Vorbestraften verhaften. In solchen Fällen ist L. nach seiner Angabe immer aufgeregt und nervös. Diesmal titulierte er den Schuhmann mit allerhand Schmeichelnamen, im Rittchen schlug er wild um sich und verschonte auch den Schuhmann nicht mit Faustschlägen. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen wird L. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. — Aus Not, durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen, will der Arbeiter N. gehandelt haben, als er für einige Mark Waren vom Krämer unter dem Vorgeben holen ließ, er habe auf der Werk noch einen Akkordüberschuß zugute, mit dem er die Schulden begleichen werde. Diese Angabe war unrichtig. Wegen Betrugs wird der Mann zu 20 Mk. oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Sich selbst verraten. Ein Kutscher, der seine Militärdienstzeit bei der 1. Torpedo-Division in Kiel absolviert hatte, desertierte 1906 von dort und hielt sich dann in verschiedenen Großstädten auf. Kürzlich kehrte er nach Kiel zurück, unterschlug dort in einer innegehabten Stellung 50 Mk. und flüchtete nach Lübeck. Zu seinem Verderben versuchte er, sich telephonisch mit seiner Geliebten in Kiel zu verständigen. Diese war jedoch inzwischen verhaftet worden und so kam der Aufenthaltsort des Mannes heraus. Er wurde nun hier verhaftet.

Selbstmord. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat sich der Inhaber der Papier- und Schreibwarenhandlung von Georg Hohenfeld, Curt Hirschberg, erschossen. Stand kurz vor seiner Verheiratung. Was dem Unglücklichen den Revolver in die Hand gedrückt hat, ist nicht bekannt.

pb. Diebstahl. In der Zeit vom 15. ds. Mts. mittags bis zum 16. ds. Mts. morgens wurden von dem Neubau auf dem Schlachthofe 1 Saß Zement und 2 Faß eiserne unverglaste Fenster gestohlen. — Am Sonntag, dem 10. August, nachmittags zwischen 4 und 5½ Uhr ist aus einem Automobil, welches vor der Wirtschaft „Autoköcher“ in Travemünde stand, eine braune Kamelhaardecke abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Gefangenommen wurde ein Arbeiter aus Sudenburg, der seitens der Anwaltschaft in Templin wegen Diebstahls festbriefflich verfolgt wird.

pb. Ermittelt. Der Dieb, der vor etwa drei Wochen aus einem an der Plestowstraße belegenen Hause das Infanterie-Seitengewehr eines Rabetten gestohlen hat, wurde in der Person eines Schulknaben ermittelt. Die Waffe wurde aber nicht mehr bei ihm gefunden. Er will das Seitengewehr aus Furcht vor Entdeckung in den Vorgarten des genannten Hauses geworfen haben. Personen, die über den Verbleib dieser Waffe Angaben zu machen vermögen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Auf das Benefiz unserer so beliebten L. Soubrette, Frä. Gab. Klerwin, morgen abend („Puppen“) sei nochmals hingewiesen. Die Künstlerin hat uns durch ihre vielen glänzenden Leistungen so manche fröhliche Stunde bereitet, daß ihr ein ausverkauftes Haus gewiß ist. Donnerstag ist wieder eine bedeutende Novität und zwar von keinem geringeren als Max Drezer. Sein Schauspiel aus alten Tagen „Der lächelnde Krieger“, welches an allen ersten Theatern gegeben wurde, gelangt zur Aufführung. Freitag wird zum 13. Male die reizende Operette „Zimzahner“ wiederholt, die schon 12 ausverkaufte Häuser erzielt hat.

Sänglingsfürsorgestelle 1. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlforsstraße 31/33 statt.

Katefau. Einbruch. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde in der Kirche zu Katefau ein Einbruch verübt. Die Diebe sind, da ein Teil der Kirche umgebaut wird, durch den Neubau eingestiegen. Mit dem Gerät der Bauarbeiter haben sie die Kirchentasse erbrochen. Eine kleine Summe Geldes fiel den Dieben in die Hände. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

Hamburg. Um Bebel's Wahlkreis. Sie haben es furchtbar eilig — unsere Freunde, die Feinde! Heute, wo die Trauer um den Verlust Bebel's die Gemüter unserer Parteigenossen noch so sehr beherrscht, daß die Frage, wer sein Nachfolger im ersten Hamburger Wahlkreis werden soll, dahinter zurücktreten muß, erscheint schon die Hamburgische-Konservative Vereinigung auf dem Plan und gibt durch folgendes Schreiben, das sie den hiesigen Zeitungen zugehen ließ, Kunde von ihren Absichten: „Durch den Tod des Abgeordneten Bebel ist der 1. hamburgische Reichstagswahlkreis erledigt und in wenigen Wochen wird die Neuwahl stattzufinden haben. Mögen auch die Ausichten noch so ungünstig, die Mühe vielleicht verloren sein, es bleibt doch die Ehrenpflicht des hamburgischen Bürgers, niemals der Sozialdemokratie einen Wahlkreis kampflös zu überlassen. Die Hamburgisch-Konservative Vereinigung hat bereits bei den letzten Bürgerstabsahlen unter Ausnutzung aller Kräfte das Wahlgeseß gegen Fiskus geführt; sie wird auch jetzt ihre Schuldigkeit tun. Dabei betrachte sie es als ihre Aufgabe, wenn angängig, jeder Zerplitterung der bürgerlichen Rechte und der bürgerlichen Mitte vorzubeugen und den Versuch der Sammlung zu machen. Nicht die Güte ihrer Gedanken und Bestrebungen, sondern die Arbeit und Opferwilligkeit ihrer Anhänger hat die Sozialdemokratie auch in Hamburg groß gemacht. Arbeit und Opferwilligkeit allein können dem Bürgertum helfen. Wer von unseren Mitgliebrern und den Freunden unserer Anschauungen persönlich helfen will, in Versammlungen, in mündlicher und schriftlicher Agitation oder in anderer Weise, der melde sich bald in der Geschäftsstelle. Wer hierzu nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, der möge bedenken, daß die Sozialdemokratie — ihre Erfolge zum guten Teil durch die materielle Hilfe gewinnt, die ihr in launenswerter Nähe gerade die minderbemittelten Schichten zuwenden, und unterstütze uns mit Geld zuwenden. Hamburgisch-Konservative Vereinigung.“ Es ist echt hamburgisch-konservativ, zu glauben oder glauben machen zu wollen, daß die Sozialdemokratie nur ihren Geldmitteln ihre Siege verdankt. Unsere Genossen im ersten Wahlkreis werden den konservativen Krämerseelen am Wahltag beweisen, wie grundfalsch ihre Rechnung ist.

Hamburg. Zum Werftarbeiterkampf. Die ausständigen Schiffs- und Modellistler der Hamburger Werften nahmen in einer am Montag im Gewerkschaftshaus tagenden Versammlung Stellung zu der durch die Beschlüsse der Metallarbeiterorganisation ge-



Schaffener Situation im Werftarbeiterkampf. Nach mehrstündiger lebhafter Debatte gelangte nachstehender Antrag mit 525 gegen 37 und 4 ungültige Stimmen zur Annahme: „Die am 18. August tagende Streikversammlung der Holzarbeiter beschließt, geschlossen die Arbeit ohne Arbeitsnachweis wieder aufzunehmen.“ Die Organisationsleitung wurde beauftragt, bezüglich der Durchführung dieses Beschlusses mit der Arbeitgeberorganisation in Unterhandlungen zu treten und einer weiteren Versammlung der Ausständigen über das Resultat der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Die Wiedereinstellung der Arbeiter auf den Werften geht außerordentlich langsam voran. Nach den Vereinbarungen mit dem Unternehmerverband sollten sich zunächst die Schiffbauer melden. Von diesen sind nur eine geringe Zahl wirklich eingestellt worden. Dennoch prangte gestern am Arbeitsnachweis das Plakat, das die Schließung des Nachweises androht, wenn sich bis Dienstag, sowohl in Hamburg als an den übrigen Werftorten, nicht alle Kategorien gestellt haben. Dabei wurde am Montag der Arbeitsnachweis um 2 Uhr geschlossen, obwohl Tausende vor den Toren warteten. Außerdem sollte bis Montag vom Unternehmerverband Bescheid gegeben werden, in welcher Weise die übrigen Branchen, außer den Schiffbauern, eingestellt werden sollten. Auf eine Anfrage kam die Antwort: Der Sekretär des Unternehmerverbandes ist verreist. Wenn nicht angenommen werden soll, daß die Unternehmer absichtlich Verwirrung stiften wollen, ist eine hündige Auffklärung dieses widerspruchsvollen Verhaltens notwendig. — Schweres Attentat eines Sittenverbrechers. Am Montag morgen kurz nach 5 Uhr meldete sich auf einer Postwachse in Eimsbüttel ein junges Mädchen, das dort mit einer Kraftdroschke vorfuhr und schwer verletzt war. Das Mädchen, das geistig nicht ganz normal ist, war in der Nacht zum Montag einem unbekanntem jungen Manne in den Anlagen bei der Ringstraße gegenüber dem Postgebäude gefolgt. Dort versuchte der Unbekannte gewalttätig zu werden und stieß dem Mädchen dann, als es sich gegen die Angriffe des jungen Mannes zur Wehr setzte, ein Messer tief in den Gesichtsteil. Nur mit Aufbietung aller Kräfte war es der Schwerverletzten gelungen, sich bis zur Straße zu schleppen, wo es die Vorbeifahrt einer Kraftdroschke abwartete und sich mit dieser dann fortsetzen ließ. Die Verletzte wurde von der Polizei aus ins Eppendorfer Krankenhaus geschafft. Die Angaben, die das verletzte Mädchen über das Aussehen des Täters geben kann, sind nur sehr spärlich. Man hofft aber, daß es gelingen wird, den Täter durch Vorzeigung von Photographien der Polizei bekannter Sittenverbrecher ähnlicher Art ermitteln zu können. Kiel. Zwei Gedächtnisfeiern für unseren Genossen August Bebel fanden am Sonntagmittag in Kiel statt. Der große Saal des „Gewerkschaftshauses“ und der „Kaisersaal“ in Gaarden waren überfüllt von Parteigenossinnen und Genossen, die ihrem toten Führer die letzte Ehre erweisen wollten. Viele mußten wieder umkehren, weil sie keinen Einlaß mehr fanden. Als Redner waren die Ge-

nossten Eduard Adler und Wilhelm Brecon erschienen. Beide Redner verließen in würdiger Weise. — Eine harte Strafe verhängte das Kriegsgericht des zweiten Geschwaders in Kiel über den Matrosen Lindner vom Panzerkreuzer „Seeydlich“. L. hatte in der Nacht vom 16. zum 17. Juli, als das Schiff im Danziger Hafen lag, ein Bordfest mitgemacht und sich dabei gehörig betrunken. In seiner Trunkenheit warf er fünf Mundproppen von Geschützen über Bord, zerschchnitt einen Kutterläufer vollständig und einen anderen durchschnitt er halb. Man nahm an, daß er das getan habe aus Ärger über den abgeschlagenen Urlaub. Er selbst bestreitet, daß das die Ursache zur Tat gewesen sei, lediglich in der Trunkenheit sei er dazu gekommen. Das Gericht verurteilte den Matrosen zu der harten Strafe von zwei Jahren Gefängnis und zur Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Bedeutend besser kam der Bootsmannmaat Gerwik davon, der sich vor dem Kriegsgericht der Luftklärungsschiffe wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten hatte. Im Herbst 1912 wurde der Matrose Sellmer fahnenflüchtig. Er wurde jedoch bald darauf wieder festgenommen und wegen Fahnenflucht verurteilt. Er gab dabei an, daß er durch erlittene Mißhandlungen zur Fahnenflucht getrieben worden sei. S. der erst vier Wochen beim Militär war, sollte eine halbe Stunde nachgezerrt werden. Der Leutnant hatte befohlen, er sollte in dieser halben Stunde 300mal Kniebeuge machen. Der Angeklagte Gerwik nahm sich den S. auf der Stube vor, der Obermatrose Mähring mußte den Matrosen Kniebeuge machen lassen und er selbst legte sich in seinem Verschlag aufs Bett und sah zu. S. mußte dann innerhalb einer Viertelstunde 300 mal Kniebeuge machen. Damit er auch ordentlich warm dabei wurde, mußte er sich vor den stark geheizten Ofen stellen. Der Obermatrose Mähring ist früher schon wegen dieses Falles zu der so gelinden Strafe von 14 Tagen Mittelarrest verurteilt worden. Auch der Bootsmannmaat Gerwik fand milde Richter. Ganze fünf Tage Mittelarrest erhielt er, weil er den Matrosen nicht genügend beaufsichtigt hatte. Flensburg. Werftarbeiterstreik und Reederprofiß. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ schreibt: „Es muß uns alles zum Besten dienen“, ist ein Wort, das die Unternehmer, Aktionäre und sonstigen Kouponabschneider besonders gut in die Wirklichkeit umzusetzen verstehen. Fallen die Aktien mal in dem einen Geschäft, nun, dann steigen sie wieder aus eben dem Grunde in dem zweiten, an dem der Aktionär auch beteiligt ist. So auch jetzt wieder. Der Streik der Werftarbeiter kann den Aktionären vielleicht etwas den Profit schmälern, doch was schadet das, sie sind ja alle auch Schiffspartenbesitzer, und siehe, die Dividenden werden, weil gestreift wird, hier größer. Wer diese Tatsache noch nicht glaubte, möge sie nachlesen. Das „Annoncenblatt“ bringt aus berufener Feder einen Artikel über den Frachtenmarkt, der das Gesagte bestätigt. Es heißt dort: „Das zweite Halbjahr 1913 wird für die Ungunst des ersten auf dem Frachtenmarkt einen Ausgleich bringen. Vor einem Monat

waren die Frachtsätze, von den Holzfrachten abgesehen, seit Neujahr fast unverändert niedrig. Mitte Juli setzte eine Aufwärtsbewegung ein und sie dauert fort. Die Ursachen sind die gute Welternte, das Ende des Balkankrieges und der Werftarbeiterausstand. Der Streik verzögert die Fertigstellung der Schiffe und vermindert das Angebot an Tonnage. Die Reedereien haben sofort die Frachtsätze erhöht, zumal mit dem August die Verschiffungen in jedem Jahre an Umfang zunehmen. Bis jetzt sind die Raten für Kohlenfrachten nicht gestiegen, es ist sogar gegen Juli ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Damals stellten sich die Raten für einen mittleren Dampfer von Ostengland nach Flensburg auf 5 sh 3 d, jetzt auf 5 sh. Der Kohlenbedarf für die baltischen Häfen ist aber im Wachsen. Schiffe sind für den Transport sehr begehrt. Dazu kommt, daß in den schwedischen und finnischen Häfen noch große Mengen Holz lagern, die vor Eintritt des Winters verschifft werden sollen. Es ist in den Holz wie in den Kohlenhäfen die Nachfrage nach Dampfern groß, eine Frachtssteigerung wird deshalb bestimmt eintreten. Es ist sehr bemerkenswert, daß die Reedereien trotz der starken Nachfrage sich nicht beileben, Zeitcharter abzuschließen. Sie rechnen angesichts der günstigen Entwicklung mit höheren Wertsätzen. Daher ist der Befrachter vielfach gewillt, bis Ende dieses Jahres die Charter auszudehnen. Für Holzfrachten werden jetzt vom Nordbotten bis Flensburg 34—35 Mk. für den Standard, vom Südbotten 28—29 Mk. bezahlt. Das sind gute Sätze, doch bleiben sie hinter den vorjährigen zurück und werden diesen hohen Stand nicht erreichen, da die Bautätigkeit in diesem Jahre erheblich geringer ist als 1912. Flensburg, Kiel, Wismar, Rostock zeigen steigenden Schiffsverkehr. Die Küstenschiffahrt spürt in diesen Tagen den Beginn besserer Zeiten, sie findet in allen Häfen sofort Ladung und kann ihre Sätze erhöhen. An vielen Küstenplätzen herrscht ein merkbarer Mangel an Seglern. Nun versteht man auch, weshalb die Verschiffungen es mit der Wiedereinstellung nicht so eilig haben. Der Kapitalismus macht sein Geschäft auf alle Fälle. Waren. In einen Vottich gefallen. Am ganzen Oberkörper verbrannt wurde das 2 1/2-jährige Töchterchen des Streckenarbeiters Schröder, das in einem mit kochenden Schmelzartoffeln gefüllten Vottich fiel. Man hofft jedoch, das Kind am Leben erhalten zu können. Gnien. Von einem Bullen zerfleischt. Auf dem Felde des Gutsbesitzers Worrach in Sandhof wurde der 76 Jahre alte Hirte Johann Schulz vollständig zerfleischt auf dem Boden aufgefunden. Ein Auge war ihm ausgestoßen und auch sonst der Körper verstümmelt. Neben der Leiche stand der Bulle, der den bedauernswerten Mann so zugerichtet hatte. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Unübertroffen wäscht Ragoda**  
 Einzig in seiner Art  
 P. R. G. Nr. 418136  
 Überall zu haben  
 Schummann & Wille, Wittenberge.

gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neusilb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar Ia. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neusilb. Edlöffel usw. (220)

**Kaufe Hausstandslumpen, Knochen, Eisen und Metalle zu höchsten Preisen.** Abholung zu jeder Zeit. Postkarte genügt. (6165)  
 H. Zölck, Hundeltstr. 83.

**Holsten-Meierei**  
 Fernraj 2336 Witebestr. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.  
 Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185)

**Kränze Buketts u. Girlanden**  
 6055) liefert billigst  
**Fp. Schmidt**  
 Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16 a, Holstentor. Fernsprecher 1113.

**Carl Folkers Möbelmagazin**  
 25 Marlesgrube 25.

**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
 Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. **Zimmereinricht. stets vorräthig.**  
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Jede rats Lübeck-Rabattmarken.  
 Gespülte Sägen, neue vollene Strömte, alte werden billig und sauber angefrischt. (6170)  
 Engelstraße 2.

# Ein Weltmann



raucht nur **Eckstein's DA CAPO-Cigaretten**  
 von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)  
 Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.

**Abreisenden** aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft **Fischerstr. 52.** (184)

**Konzerthaus Fünfhausen.**  
 Morgen Mittwoch: **Gr. Tanzkränzchen.**  
 Freitag: **Tanzkränzchen.** (6166)

**Gesang-Verein Einigkeit St. Gertrud.**

## Einladung zum Sommer-Fest

verbunden mit **Preiße-schießen, Damen- und Kindervergnügen**  
 am Sonntag, dem 24. August im Lokale des Herrn Busch (Neulauerhol).  
 Konzert von 5—8 Uhr.  
 Von 8 Uhr an: **BALL.**  
 Karten im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg.  
 Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
 Anfang des Schießens 11 Uhr vorm. 6135) **Das Komitee.**

**Zentralverb. der proletarisch. Freidenker Deutschlands.**  
 Ortsgruppe Lübeck.

Die Mitglieder-Versammlung in diesem Monat fällt aus (6178) **Der Vorstand.**

## Verband d. Maler!

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, d. 20. August abends 8 1/2 Uhr.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Schott über Holz und Marmor.  
 2. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet (6180) **Der Vorstand.**

**Lübecker Sommer-Theater**  
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert. Mittwoch, den 20. August: Benefiz für Fräulein Gabriele Kierwin. Der größte Operettenschlager **.. Puppchen ..**  
 Geh'n wir mal zu Hagenbeck. Donnerstag, den 21. August: Lustspielnovität von Max Dreyer **Der lächelnde Knabe.** Ein Scherzspiel aus alten Tagen. Freitag, den 22. August: Zum 13. Male: Die entzückenden Operette **Filmzauber.** (6179) Anfang stets 8 1/4 Uhr.



## Bebels Leben und Wirken.

(Schluß.)

### Der Leipziger Hochverratsprozeß.

Die Stellung, die Bebel und Liebknecht während des Deutsch-Französischen Krieges einnahmen, verfehlte die „Partioten“ in eine sinnlose Wut, und diese Stimmung beschloffen die Machthaber zu einem vernichtenden Schlage gegen die ihnen täglich unbehaglicher werdende Arbeiterbewegung auszumühen. Sie glaubten, durch die Unschädlichmachung der Räubersführer auch die Masse unschädlich machen zu können — an dieser Wahnvorstellung haben noch alle herrschenden Klassen hartnäckig festgehalten — und so hängten sie Bebel, Liebknecht und Sepner den berüchtigten Leipziger Hochverratsprozeß an.

Dieser Prozeß, den Bismarck persönlich angeregt haben soll, gehört zu den schmachvollsten Streichen, die die bürgerliche Justiz gegen das Proletariat geführt hat. Ohne daß das geringste Belastungsmaterial vorzulegen wäre, wurden die drei am 17. Dezember 1870 verhaftet — die Beweise für ihre Schuld sollten einfach nachträglich herbeigeschafft werden. Bei seinem ersten Verhör erfuhr Bebel von dem Untersuchungsrichter Ahnert, den er in seinen Memoiren als einen intelligenten und gewissenhaften Mann bezeichnet, daß der Hauptteil des Untersuchungsmaterials noch in Braunschweig sei und die Untersuchung deswegen noch nicht weitergeführt werden könne. Das Material kam dann allerdings, sogar in einer Quantität, die nichts zu wünschen übrig ließ; aber mit der Qualität sah es dafür um so windiger aus. Der Untersuchungsrichter kam auch zu der Ueberzeugung, daß die Beschuldigten einen Hochverrat weder vollbracht, noch versucht, ja nicht einmal vorbereitet hatten, und er beantragte ihre Entlassung. Der Staatsanwalt widersprach aber diesem Antrag und Bebel, Liebknecht und Sepner wurden erst am 28. März 1871 aus der Haft entlassen, nachdem Bebel und Schraps am 3. März in den Reichstag gewählt worden waren und Schraps, unterstützt von der Fortschrittspartei, im Reichstag die Entlassung Bebels verlangt hatte. Zu einer Abstimmung über diesen Antrag kam es nicht, die Regierung kam ihr durch die Entlassung der drei Genossen zuvor.

Aber den Prozeß verfolgte sie weiter. Sie ließ noch recht gründlich „Material“ suchen, so daß die Schlussverhandlung erst am 11. März 1872 beginnen konnte. Sie dauerte dank dem Umfang des „Materials“ volle vierzehn Tage. Mit dem Vorstich hatte man einen Herrn v. Müllers betraut, einen ungewöhnlich beschränkten Menschen, der insbesondere vom Sozialismus keine blasse Ahnung hatte. Bebel nennt ihn „nato bis zur Bewußtlosigkeit“. Jeder Verhandlungstag brachte dem Unglücksmenschen, der auch noch auf den posthumer Einfall gekommen war, die sozialistischen Darlegungen der Angeklagten zu „widerlegen“, die empfindlichsten Blamagen. Nicht besser erging es dem Staatsanwalt. Vom Beginn der Verhandlung bis zu ihrem Schluß hatten die Angeklagten die Stellung der geistig und moralisch Ueberlegenen inne. Und da der Prozeß das lebhafteste Interesse der gesamten Öffentlichkeit erregte, ging eine starke agitatorische Wirkung von ihm aus.

Die Geschworenen, die von Haus aus gegen die Angeklagten voreingenommen waren, wurden von den Hürten der Ordnung Tag für Tag sowohl im Gerichtssaal als auch außerhalb desselben im Sinne der Anklage bearbeitet. Zum Beispiel wurde dafür gesorgt, daß ihnen aus Bebels Reichstagsreden, derentwegen der Staatsanwalt zu seinem Lebewesen keine Anklage erheben konnte, die schärfsten Stellen bekannt wurden. Auch sonst wurde die schamloseste Stimmungsmache betrieben. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus. Bebel und Liebknecht wurden mit acht gegen vier Stimmen, also gerade mit der für den Staatsanwalt erforderlichen Majorität, der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig befunden, worauf sie der Gerichtshof zu der höchsten

geleslich zulässigen Strafe, zu zwei Jahren Festung, verurteilte. Die Anklage gegen Sepner hatte der Staatsanwalt selbst preisgegeben, er wurde also freigesprochen.

Die Leipziger Parteigenossen, die schon die Anberaumung des Prozesses so ausgegert hatte, daß die drei „Hochverräter“ an sie eine öffentliche Mahnung zur Besonnenheit hatten ergehen lassen müssen, waren über das Urteil selbstverständlich empört. Aber Bebel nahm die Sache von der heiteren Seite und schlug nach dem Schluß der Verhandlung vor, man solle am Abend — in Auerbachs Keller eine Flasche Wein trinken. Die Frauen meinten, das sei eine Frivolität, die drei seien schreckliche Männer, aber schließlich gingen sie mit.

Die Verurteilung Bebels und Liebknechts zog noch verschiedene andere Verurteilungen nach sich. Denn überall protestierten die Genossen in der Presse und in Versammlungen gegen das Leipziger Schandurteil und mancher mußte diesen Protest im Gefängnis büßen.

### Bebels Festungshaft.

Am 9. Juli 1872 trat Bebel in Hubertusburg seine Festungshaft an. Hätten die Herren, die mit einem solchen Eifer auf seine Verurteilung hingearbeitet hatten, vorher gewußt, wie wohl ihm seine Strafe in jeder Beziehung bekommen würde, so würden sie sich wohl überlegt haben, ihn vor Gericht zu schleppen.

Vor allem erholte sich Bebel körperlich. Sein Gesundheitszustand war, als er in Hubertusburg ankam, geradezu trostlos. Er war so erschöpft, daß er wochenlang zu jeder Tätigkeit unfähig war. Aber die Ruhe und die frische Luft brachten ihn wieder auf die Beine und eine tuberkulöse Erkrankung seines linken Lungenflügels kam völlig zum Stillstand.

Aber nicht nur die Wiederherstellung seiner Gesundheit verdankte Bebel dem Aufenthalt in Hubertusburg, sondern noch viel mehr: er konnte lernen wie sonst nie im Leben. Liebknecht, der mit ihm saß (es waren übrigens fast während ihrer ganzen Hubertusburger Zeit auch noch einige andere Genossen in ihrer Gesellschaft), war sein Lehrer. Bebel lernte Französisch und Englisch, machte ökonomische, historische und naturwissenschaftliche Studien und vertiefte sich in die Werke unserer klassischen Dichter. Ökonomie und Geschichte standen natürlich im Vordergrund. Bebel arbeitete zum zweitenmal den ersten Band des „Kapitals“ durch (die anderen erschienen erst viele Jahre später), las Engels' klassische Schrift über die „Lage der arbeitenden Klassen in England“, Lassalles „System der erworbenen Rechte“, lernte Mill, Dühring, Carey, Laveleye, Lorenz v. Stein und Wadse genauer kennen und kam sogar an Marchsavelli, Plato und Aristoteles, die er wohl kaum je in den Bereich seiner Studien hätte ziehen können, wenn er nicht im Gefängnis die Muße dazu gefunden hätte. Zimmermanns berühmte „Geschichte des deutschen Bauernkrieges“ gab ihm die Anregung zu einer populären Abhandlung über den Bauernkrieg. Auch übersetzte er die „Studien über die sozialen Doktrinen des Christentums“ von Joes Guyot und Sigismund Bacrot (bestimmt unter dem Titel: Die wahre Gestalt des Christentums) und verfaßte dazu eine Gegenschrift, in der er sich im Anhang über die „gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau“ äußerte. Dieses Thema, auf das ihn die Beschäftigung mit den französischen Utopisten gebracht hatte, beschäftigte ihn bekanntlich noch jahrelang. Die Frucht dieser Studien war das 1879 erschienene Buch über die Frau, Bebels eigenartigste schriftstellerische Arbeit und das wirksamste und gelesenste Werk der sozialistischen Literatur; es hat mehr als fünfzig Auflagen erlebt.

Bebel blieb natürlich auch in Hubertusburg in der engsten Fühlung mit den Parteigenossen. Ja er kandidierte sogar von der Festung aus in den Reichstag. Dazu verhalf

ihm die besondere Uebereinstimmung des Leipziger Bezirksgerichtes. Dieses hatte ihn nämlich am 6. Juli 1872 wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und ihm zugleich das Reichstagsmandat aberkannt. Bebel forderte seine Wähler auf, ihn wiederzuwählen (die Wählerliste hatte ihm das Gericht nicht nehmen können) und am 20. Januar 1873 wurde er auch wirklich wiedergewählt. Diese Wahl war eine schallende Ohrfeige für die Ordnungsmänner: Bebel bekam um vier tausend Stimmen mehr, als er zwei Jahre vorher bei den allgemeinen Wahlen erhalten hatte, und dazu kam noch, daß sein Gegenkandidat ein paar Tage nach der Wahl der sozialdemokratischen Partei öffentlich dafür dankte, daß sie den Wahlkampf gegen ihn in sachlicher und vornehmer Weise geführt hatte. Schraps stellte im Reichstag den Antrag, Bebel solle auf die Dauer der Session aus der Strafhaft entlassen werden. Aber dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil die Reichsverfassung „die Immunität der Abgeordneten nicht auf die Strafhaft erstreckt“.

Anfang 1874 fanden Neuwahlen in den Reichstag statt. Das brachte Bebel auf den Gedanken, in einer Broschüre die Tätigkeit des Reichstages und seiner verschiedenen Parteien darzustellen. Diese „Strafhausarbeit“ leistete der Partei in der Wahlagitacion ausgezeichnete Dienste, so daß auch bei allen folgenden Wahlen derartige Broschüren herausgegeben wurden.

Bebels Broschüre „Christentum und Sozialismus“ (eine Antwort auf die Streitfrage eines Christlichen gegen Bebels Auffassung des Christentums) ist ebenfalls während jenes Wahlkampfes in Hubertusburg entstanden.

Bei den Wahlen brachten die Sozialdemokraten auf den ersten Platz sechs Kandidaten durch; unter ihnen Bebel und Liebknecht. Drei Mandate wurden dann in der Stichwahl erobert. Bebel und Liebknecht wurden auch nun nicht „beurlaubt“. Liebknechts Haft lief am 15. April ab. Bebel mußte acht Tage später nach der Festung Königsstein überföhren. Dort „verbüßte“ er den Rest seiner Festungshaft. Am 14. Mai 1874 wurde er entlassen. Zur Erinnerung an seinen Aufenthalt in Königsstein gaben die Dresdener Genossen der Festung den Scherznamen Bebelburg.

Sechs Wochen nach seinem Abgang von der Festung, am 1. Juli, trat Bebel in Zwickau seine neunmonatige Gefängnisstrafe an. Er arbeitete im Gefängnis ebenso eifrig wie auf der Festung.

So war der Bebel, der am 1. April 1875 das Gefängnis verließ, ein ganz anderer als der Bebel, der drei Jahre vorher auf die Festung gekommen war. Als einen gefährlichen Feind der bürgerlichen Gesellschaft hatten ihn die Wächter dieser Gesellschaft eingesperrt, um ihn zu bessern, als ein noch viel gefährlicherer Feind der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erlangte er die Freiheit wieder. Er hatte sich gründlich „gebessert“ — freilich auf eine etwas andere Art, als die Spitzen und Stützen der Gesellschaft gewünscht hatten.

### Nach der Einigung der Partei.

Viel trug Bebel zum Gelingen des Einigungswerkes bei, das 1875 in Gotha vollbracht wurde. Wohl hatte er schwere Bedenken gegen den Programmwurf, auf den die Einigung erfolgen sollte, aber er gab ihnen öffentlich keinen Ausdruck. „Denn“, so schreibt er in seinen Erinnerungen, „die Vereinigung lag mir am Herzen. Ueberdies war das Drängen nach Vereinigung in der Partei so stark, daß alle Rücksichten schweigen mußten. Schließlich die gemachten Fehler später repariert werden.“ Diese schlichten Worte zeigen uns den ganzen Mann. Bebel war eine wunderbare Vereinigung von Prinzipienfestigkeit und Schmiegsamkeit. Nie verlor er das Ziel aus den Augen, aber er verstand auch immer, mit den jeweils unabänderlichen Tatsachen nüchtern zu rechnen.

## Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(Nachdruck verboten.)

Die Glocke hatte den Feierabend eingeläutet. In allen Gängen des gewaltigen Zellenbaues, der fast achthundert Einzelzellen umfaßte, entstand ein schnelles Hin- und Herlaufen. Aufseher, Gefangene, Arbeitgeber, alles lief durcheinander; hier und dort wurde eine Tür aufgeschloffen, eine Gestalt im Sträflingskleid erschien in ihrem Rahmen, stellte mit Bligesschnelle verschiedenartiges Handwerkzeug heraus, dann wurde die Tür wieder mit lautem Krachen zugeworfen. Zuweilen auch, wenn der Zelleninhaber nicht schnell genug bei Hand war, erschallte ein lautes Donnerwetter aus dem Munde des Aufsehers, und erschrocken und bestürzt hantierte dann der Gefangene vor der Tür herum. Allmählich aber wurde es stiller. — Das Nachtessen, Suppe und ein Stück Schwarzbrot, wurde ausgeteilt — noch einige Minuten währte es, und nun erschallte aufs neue die Glocke, die den Gefangenen das Zeichen zum Schlafengehen gab.

Ein Tag war vorüber — einer der vielen in der langen Reihe derer, die grau in grau getaucht am Morgen heraufdämmern und am Abend, ohne daß jemand den Wunsch hätte, sie aufzuhalten, in Nacht hinabsinken — einer der vielen Tage, deren Schwinden der Gefangene mit einem stillen „Gott sei Dank!“ nachsieht, ohne jemals daran zu denken, daß auch dieser Tag einen Abstrich an seinem Leben bedeutet.

Auch der Sträfling in Nr. 152 dachte nicht daran. Im Gegenteil. Als das Licht erloschen war, hob und dehnte sich die schlanke, geschmeidige Gestalt, holte tief Atem und sprach vor sich hin:

„Wieder ein Tag dahin! Gott sei gedankt!“  
Er klappte das an der Wand befestigte Bett herunter, richtete Kissen und Matratze zurecht, breitete die Wolldecken darüber und legte sich hinein.

„Nur noch dreizehnmal!“ murmelte er dabei. „Noch dreizehnmal, und das Elend ist vorüber!“

Tiefe Stille herrschte jetzt ringsum. Kein Schritt im ganzen großen Hause war vernehmbar, denn die Aufseher, die Nachtdienst hatten, gingen in Flitzschuhen einher. Von draußen klang kein Laut herein. Weit abgelegen von dem kleinen Städtchen lag die Strafanstalt, und das einzige Zeichen des Lebens, das zuweilen von dorthin bis an ihre Mauern drang, war das Läuten der Kirchenglocken, das hin und wieder ein freundlicher Windstoß wie einen Gruß aus einer besseren Welt auf seinen Fittichen herübertrug. Aber

zu dieser Stunde war alles still — jene geheimnisvolle, wunderbare Stille der Nacht, in deren Bann das Menschenherz lauter an die Rippen pocht und leise Zwiegespräche mit sich selbst zu halten bereit ist.

So auch beim Sträfling Nr. 152. Sein Herz schlug stärker und eine Fülle von Gedanken strömte auf ihn ein. Siebenhundertundfünfundzwanzig Tage war er hier gewesen — wie eine endlose Wüste dehnten sie sich hinter ihm aus, und wie ein Wunder schien es ihm, daß er durch diese Wüste lebendig hindurchgeschritten war. Als er noch an ihrem Anfang stand, hatte er freilich zusammenbrechen wollen.

Er sann zurück in jene hinter ihm liegende Zeit. Die finsternsten Stunden seines Lebens barg sie. Wie war doch alles gekommen und wie war es möglich gewesen, daß eines Tages ein ganzes, volles, hoffnungsreiches Menschenleben unter einem einzigen Schlage zusammenbrach?

Seine Eltern hatte er nie gekannt; in frühesten Jugend waren sie ihm beide gestorben. Bei fremden Leuten war er aufgewachsen, hatte das Gymnasium der kleinen Kreisstadt besucht, und an demselben Tage, an dem er sich das Zeugnis zum einjährig-freiwilligen Dienst erworben, hatte ihm der Vormund mit dünnen Worten erklärt, daß das geringe Erbe seiner Eltern durch den Aufwand für seine Bildung und Erziehung jetzt aufgebraucht sei und daß Freistellen zurzeit auf dem Gymnasium nicht verfügbar wären, daß er infolgedessen abgehen und fortan im Leben auf eigenen Füßen zu stehen versuchen müsse.

Wie ein Blitz war diese Nachricht vor ihm, dem sechzehnjährigen, ahnungslosen Knaben, eingeschlagen. Immer war es sein Lieblingswunsch gewesen, das Gymnasium zu absolvieren und dann ein Studium zu ergreifen; mit Hilfe von Stipendien und Privatunterricht, den er erteilen wollte, hoffte er sich durch die Universitätsjahre hindurchzuschlagen.

Und nun mit einem Male alle Hoffnungen dahin! Alles zu Ende! Die unglückliche Halbbildung des sogenannten Einjährig-freiwilligen-Zeugnisses — etwas gelernt zwar, aber doch nichts Rechtes, nichts Abgeschlossenes — das sollte nun der Grund sein, auf dem er sein Leben selbstständig weiter aufzubauen gezwungen wurde! Aber was sollte eigentlich weiter werden? Der Buchhandel, zu dem er Neigung hatte, erforderte eine lange Lehrzeit — und woher sollte er die Mittel erhalten, diese zu überleben? Kaufmann — du lieber Gott, da liefen so viele herum ohne Stellung, ohne Brot, ohne Ausichten! Und klar und klarer war es ihm schon damals geworden, daß ihm kein freundliches Los zugefallen wäre.

Da aber hatte sich ihm plötzlich eine Aussicht geboten. Der Justizrat Edel, einer der beschäftigten Anwälte in der

Kreisstadt, die Sitz eines Landgerichts war, suchte einen Kanzleigehilfen. War die Stelle im Anfang auch nur gering bezahlt, so konnte sie doch die Stufe sein, von der aus es sich höher emporsteigen ließ. Man hatte Aussicht, Bureauvorsteher zu werden, man konnte — ja, was konnte man nicht alles, und was sollte einem frischen, jungen Blut unmöglich sein, das festen Mutes seinen Fuß auf die erste Sprosse der Lebensleiter setzt und frohgemut nach oben hinaufschaut mit dem stolzen Wort: Ich will!

So war denn Karl Haltmann persönlich zu dem Justizrat gegangen, hatte sich ihm vorgestellt, und der alte Herr hatte Gefallen an ihm gefunden. Die Unterredung führte zur Anstellung, und Karl Haltmann hatte sich so schnell in seine neue Tätigkeit hineingearbeitet, erlebte alle Sachen so gewissenhaft, sicher und rechtzeitig, daß der Justizrat ihm bald das vollste Vertrauen und ein aufrichtiges Wohlwollen entgegenbrachte.

Eines Tages, nachdem Haltmann etwa vier Jahre bei dem Justizrat gearbeitet hatte, ließ ihn dieser zu sich in sein Arbeitszimmer rufen — das sicherste Zeichen für jeden seiner Angestellten, daß irgendeine ernste und vertrauliche Unterredung in Aussicht stand.

„Lieber Haltmann“, begann der alte Herr, „das, was ich Ihnen zu sagen habe, sage ich Ihnen gern, weil es im Interesse Ihres Fortkommens liegt, und ich sage es Ihnen auch wiederum nicht gern, weil ich mich dadurch eines treuen, fleißigen und zuverlässigen Mitarbeiters beraube.“

Er schwieg einen Augenblick, währenddessen ihn Haltmann gepannt ansah.

„Es handelt sich um folgendes“, fuhr der Justizrat fort: „Mein Freund und Kollege, der Geheimrevisor Schettler in der Residenz, den Sie ja aus meiner gefälligen Korrespondenz zur Genüge kennen, sucht einen zuverlässigen und treuen Gehilfen. Er hat bei mir angefragt, ob ich ihm jemand empfehlen könne. Und da habe ich an Sie gedacht, lieber Haltmann. Denn Sie werden sich bei meinem Freunde, der eine besonders rege Tätigkeit beim Oberlandesgericht entfaltet, viel weiter ausbilden können, als bei mir; auch Ihr Gehalt ist ein ganz bedeutend höheres, als ich Ihnen für die nächste Zukunft zahlen könnte. So ungern ich Sie nun gehen sehe, lieber Haltmann, so liegt mir Ihr Wohl doch zu sehr am Herzen, und Sie haben sich auf mein Wohlwollen ein volles Anrecht erworben. Ich empfehle Ihnen, unter Hinweis auf meine Worte, sich bei meinem Freunde um die Stellung zu bewerben. Ich glaube, daß Sie damit den für Ihre Zukunft entscheidenden Schritt tun!“

Er bot dem jungen Manne die Hand, in welche dieser dankbar und gerührt einstieg. (Fortsetzung folgt.)



Großes hat Bebel unter der Herrschaft des Sozialismus geleistet. Zwei Gefahren drohten damals der Partei: auf der einen Seite der Kleinmut, auf der anderen Seite die Unbesonnenheit. Bebel hat weder die eine noch die andere aufkommen lassen. So wurden diese zwölf Jahre für die Partei eine Zeit der inneren Festigung. Die Partei ließ sich von ihrem Wege nicht abdrängen; weder verlor sie den revolutionären Charakter, noch ließ sie sich zu jenem „Revolutionarismus“ verlocken, den man oben nur allzu gern gesehen hätte. Sie gewann in gleicher Weise an Erkenntnis und an Disziplin. Und so weit das Werk eines einzelnen sein konnte, war es das Werk Bebels.

Bebel war der größte Agitator der Partei. In unzähligen Reden hat er persönlich auf die Masse gewirkt. Seine klare Logik, seine Schlagfertigkeit, seine beherrschte Leidenschaft haben der Partei mehr Anhänger zugeführt, als irgend eine andere Persönlichkeit es vermochte. Seine stärksten agitatorischen Wirkungen gingen aber von seinen Reichstagsreden aus. Durch viele Jahre war Bebel der berühmteste Redner des Reichstages. In seinen Parlamentsreden konnte er alle seine Vorzüge erst ganz entfalten. Er war nicht nur ein sogenannter großzügiger Redner, er verstand es nicht nur, wie kein anderer, allgemeine Gesichtspunkte zu entwickeln, er beherrschte auch jede Materie, zu der er das Wort ergriß, bis in das kleinste, unbedeutendste Detail. Ob er über das Arbeitsbuch sprach oder ob er eine seiner berühmten Militäreden hielt oder mit dem persönlichen Regiment abrechnete — immer hatte man das imponierende Gefühl, daß der Redner einen Gegenstand ganz durchdrungen hatte und ganz von ihm durchdrungen war. Durch und durch sachlich und durch und durch persönlich mußten diese Reden ungeheure Wirkungen erzielen. Von Bebels Reden zum Militäretat erschienen viele als Broschüren, die in den Arbeiterkreisen von Mann zu Mann wanderten. Sehr bekannt wurden auch die beiden Reden über den Zukunftsstaat. Am berühmtesten wurde wohl seine Rede, in der er mit Wilhelm II. nach dessen maßlosen Angriffen auf die Partei Abrechnung hielt. Unter ungeheurer Spannung des ganzen Hauses ergriff Bebel damals das Wort. Alle wußten, daß Bebel dem Kaiser nichts schuldig bleiben würde. Der Präsident stand da, die Hand an der Glode, auf den Augenblick lauend, in dem er dem Redner ins Wort hätte fallen können. Aber der Augenblick kam nicht. Er kam nicht, trotzdem Bebel alles sagte, was die Partei zu sagen hatte. Kein Wort zu wenig. Aber auch keines zu viel. Die Wirkung dieser Rede war unbeschreiblich. Bebel hatte, unter strenger Wahrung der parlamentarischen Form, dem Kaiser eine fürchterliche moralische Niederlage beigebracht.

Nun ist seine helle Kommandostimme, die so viele erweckt hat, auf immer verstummt. Aber sein Geist wird fortleben in der deutschen Arbeiterklasse, im Klassenbewußten Proletariat des ganzen Erdballs, bis das Ziel erreicht ist, dem dieses reiche und herrliche Leben gewidmet war.

#### Bebel als Führer, Agitator und Organisator.

Wenn wir Bebel als den alten Demokraten, als den Erben der deutschen Revolution, als Sozialisten, als Parlamentarier kennen, so fehlt uns noch die Erkenntnis der tiefsten Wurzel seines Denkens und Fühlens, seines Wirkens, seines beispiellosen Erfolges. Auf sie stoßen wir erst, wenn wir uns seines Verhältnisses zur proletarischen Masse erinnern.

Als nach Jahrzehnten träger Entwicklung des staatlichen Lebens der Kleinmut in unsere Reihen einzudringen begann, hat sich der ewig Junge den Kleinmütigen mit seiner ganzen Leidenschaft, seiner unbegrenzten Zuversicht entgegengestellt. Als die allzu Bescheidenen den großen Gedanken der Vergesellschaftung der Arbeitsmittel um den Beteiligungsbeitrag von ein paar Reformen preisgeben schienen, donnerte er ihnen in Hannover sein: „Es bleibt bei der Expropriation!“ entgegen. Als die Fürchtlichen die Sache der Arbeiterklasse nur durch Kompromisse mit der bürgerlichen Welt fördern zu können meinten, war er, der ihnen zurief: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihrer Existenzbedingung zu untergraben und sie, wenn ich kann, beiseite zu räumen.“

In Dresden hat Bebel von dem „alten idealen revolutionären Standpunkt“ gesprochen. Das Wort jagt tiefere Wahrheit, als er selbst vielleicht in jenem Augenblick geahnt hat. Denn die ganze Grundrichtung seines Lebens, dem alles, was geschieht, wertlos ist, sofern es nicht seinen Wert an dem Prinzip, an dem letzten von der Vernunft erkannten Zweck zu rechtfertigen vermag, das auch das Kleine in Treue und mit Fleiß tut, aber auch von dem Kleinen heißt, daß es sich einordne einem großen System der Zwecke, das im obersten Zweck, in der letzten Aufgabe allein seine Rechtfertigung finden kann, diese ganze Reihe des Wertens ist nichts anderes als das unvergängliche Erbe des alten deutschen Idealismus, der, verraten und verächtlich vom deutschen Bürgertum, seine Heimstätte gefunden hat in der deutschen Sozialdemokratie.

Bebel lehnt manches von dem, was Marx, Engels, Lafajolle, Liebknecht und manchen der lebenden Führer auszeichnet. Aber eines hat er vor ihnen allen voraus: Selbst ein Arbeiter, ist er der Seele des Proletariats stets näher gewesen als alle. Des Arbeiters Schicksal hat er selbst erfahren; Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, den hoffnungslosen Daseinskampf des kleinen Meisters, die Leiden des Verfolgten, vom Bürgertum konfiszieren, von den Särgen des Klassenstaates verfolgten Agitatoren selbst erlebt. So fühlte er wie die Arbeiter selbst. Er konnte nicht nur mit ihnen kämpfen, mit ihnen lieben und hoffen, er konnte auch, was so wichtig ist und gerade der Politiker so leicht verlernt, mit ihnen hassen. Man mußte ihn hören, wenn sein Temperament einmal die Zügel zerriß.

So verknüpfte das Band persönlicher Liebe Bebel mit der Masse. Sie war das Geheimnis seines beispiellosen Erfolges. So war er der „Erwecker der schlafenden Seelen“ geworden, wie der Pfarrer Raumann ihn einmal genannt hat, der große Agitator und Organisator, der an der Spitze der größten Partei Europas stand.

#### Die Schriften Bebels.

Bebel war ein ungemein fruchtbarer und vielseitiger Schriftsteller. Mit Fleiß und Eifer vertiefte er sich in oft recht schwierige Wissensgebiete, die er dann in volkstümlichen Schriften darzustellen unternahm. Alle seine Schriften sind von jener zündenden agitatorischen Ferocität, die Bebel eigen ist. Jede Zeile seiner Schriften atmet denselben Geist hingebungsvoller Liebe für das Proletariat und dieselbe Begeisterung für dessen große Ziele wie seine Reden. Die Schriften Bebels sind so in gewissem Sinne eine Ergreifung seiner Reden, die übrigens ebenfalls in großer Zahl in Druck erschienen sind.

Am Beginn der Siebzigerjahre erschien in Leipzig eine seiner ersten Broschüren über Kommunalverwaltungen. Die lang verlegene in einer Broschüre „Christentum und Sozialismus“, die ebenfalls um diese Zeit erschien, legt Bebel in einer Polemik gegen den Kaplan Hoyer das Verhältnis des Christentums zum Sozialismus auseinander. Diese leichtverständliche, packende Schrift hat schon eine große Anzahl neuer Auflagen erlebt. Mit demselben Eifer legte er die Glocken zu „Des Guts und Eigentums Sacrosanct“. Die wahre Gefahr des

Christentums. In knappen, scharfen Umrissen legt Bebel dar, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, wobei er insbesondere auf den reaktionären Kern der Lutherischen Reformationsbewegung verweist. Es sei hier auch darauf verwiesen, daß im Jahre 1894 eine Reichstagsrede Bebels über „Christentum und Sklaverei“ erschienen ist, die freilich auch vergriffen ist. Viel gelesen wurde Bebels Buch „Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters“. Es sollte nach Bebels eigenen Worten keine Quellschrift sein, sondern eine für das Volk geschriebene populäre Darstellung der Grundlagen des deutschen Bauernkrieges. Eine sehr bekannte Schrift Bebels ist ferner die Broschüre „Unsere Ziele“, eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. Obwohl der damalige Standpunkt des Verfassers heute nach verschiedenen Richtungen hin als überholt gilt, ist diese Schrift als historisches Dokument wertvoll.

Bebel hat sich auch mit größeren nationalökonomischen Arbeiten befaßt. Davon zeugt eine Schrift Bebels: „Die Sonntagsarbeit“, Auszug aus den Ergebnissen der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen; ferner eine Schrift über: „Die Lage der Bäckerarbeiter“ und eine im Jahre 1898 erschienene Broschüre: „Klassenpolitik und Sozialreform“, die zwei Staatsreden Bebels enthält. Wie vielseitig Bebels Betätigungsfeld war, geht daraus hervor, daß er ein sehr ernstes Buch über: „Die mohammedanische Arabische Kulturperiode“ geschrieben hat, eine interessante Studie über den großen Utopisten Charles Fourier, sowie eine Broschüre: „Die Entwicklung Frankreichs vom sechzehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts.“ Bebel verfaßte auch ein Handbuch über: „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im deutschen Reichstag“, das vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1893 die bedeutendsten parlamentarischen Ereignisse Deutschlands sowie die Stellung der Sozialdemokratie hierzu bespricht.

Ungemein zahlreich sind die Gelegenheitschriften und im Druck erschienenen Reden Bebels. Wir nennen nur folgende: „Für Volkswehr, gegen Militarismus“, „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!“, „Akademiker und Sozialismus“, „Sozialdemokratie und Antisemitismus“, „Sozialdemokratie und Zentrum“.

Eine große Anzahl Reden, die Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichstag, auf Parteitagungen und in großen Versammlungen gehalten hat, haben so noch Tausende begeistert, die seinen Worten nicht lauschen konnten. Außer den schon erwähnten Broschüren behandeln diese Reden folgende Stoffe: „Der Zukunftsstaat und die Sozialdemokratie“, „Die Arbeiterkühnheit der bürgerlichen Parteien“, „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“, „Der Zustand des Deutschen Reiches“. Ferner liegen Reden vor über Militarismus, Wahlrecht, äußere Politik, staatsrechtliche Fragen, Fragen der Taktik unserer Partei und vieles andere mehr.

Eine Quelle erster Erbauung sind die Memoiren Bebels: „Aus meinem Leben.“ Dieses zweibändige Buch entrollt das reiche Arbeitsleben des großen Mannes in anschaulicher, lebendiger Weise vor uns. Es ist, wie es bei Bebels Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie fast selbstverständlich dünkt, zugleich auch eine geschichtliche Darstellung des Werdeganges der deutschen Arbeiterbewegung.

Zum Schluß sei auf das bekannteste und gelesenste Buch Bebels verwiesen: „Die Frau und der Sozialismus.“ Dieses Buch hat schon im Jahre 1910 die fünfzigste Auflage erreicht. Es ist eines der bedeutendsten literarischen Erzeugnisse, die der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Hunderttausende haben aus diesem Buche ernste Belehrung geschöpft. Hunderttausende haben aus ihm Begeisterung empfangen für den Befreiungskampf des Proletariats. Und dieses Buch wird noch viele Jahrzehnte weiter wirken!

#### Bebels 70. Geburtstag.

Am 20. Februar 1910 feierte Bebel seinen 70. Geburtstag. Besser eigentlich müßte man sagen, feierte das Proletariat Bebels 70. Geburtstag. Es war eine wahre Wallfahrt nach Berlin zu dem silberhaarigen Alten mit den roten, jugendfrischen Wangen und nicht nur die Proletarier Deutschlands wetteiferten darin, ihrem Führer Beweise der Liebe und Verehrung darzubringen, auch die europäische Internationale hatte ihre ersten Männer nach Berlin gelendet, dem jugendlichen Greise zu huldigen. Aus allen Ecken der Erde empfing damals Bebel die Glückwünsche des Proletariats, die alle darin ausklangen, daß dem Proletariat noch lange sein Rat und sein Beispiel, sein Redefeuhr und seine Weisheit erhalten bleiben mögen. Es waren die letzten ungetrübten persönlichen Freudentage Bebels. Bald darauf trafen Bebels Familie die schweren Schicksalsschläge, die er nie ganz verwunden hat. Wenn er dennoch in scheinbar ungebrogener Kraft seine Parteipflicht weiter erfüllt hat, so machte Bebels Gesundheitszustand seinen Freunden doch schwere Sorge.

#### Bebel auf Internationalen Kongressen.

Zeit dem Wiederaufleben der Internationalen Kongresse und seit der Gründung des Internationalen Bureaus nahm Bebel an diesen Veranstaltungen hervorragenden Anteil. Sein Wort galt auch im internationalen Rat des Proletariats vor allem. So ließ er es sich auch nicht nehmen, als ihm sein Gesundheitszustand schon höchste Schonung zur Pflicht machte, an den internationalen Veranstaltungen teilzunehmen. Basel und Bern riefen ihn zum letztenmal zum Streit. Der Friedenskongreß des Proletariats in Basel in den Rosenbergtagen des vorigen Jahres ließ auch Bebel nicht ruhen. Trotz den Abmachungen des Arztes kam er und die gesamte Internationale, die in der Burgvogtei versammelt war, bereitete ihm, da er den Saal betrat, stürmische Ovationen. Alles erhob sich von den Sitzen, alle Hände streckten sich dem silberhaarigen Alten entgegen und nicht endender Jubel umbrachte ihn. Alle freuten sich seines prächtigen Aussehens und schöpften daraus neue Hoffnung. Diese erhielt abermals Nahrung, als der Dreißigjährige im Mai dieses Jahres nach Bern eilte, um an der deutsch-französischen Verständigungskonferenz nicht nur teilzunehmen, sondern auf ihr auch im Namen der deutschen Parlamentarier aller Gruppen ohne Unterschied der Partei die kräftigsten Worte zu Gunsten der Verständigung zu sprechen, die in Bern überhaupt gesprochen wurden. Nicht endender Beifall folgte dem letzten Satz: „Gehen wir ans Werk! Frisch an, vorwärts!“ Die erste deutsch-französische Verständigungskonferenz war die letzte internationale Waffentat des alten Feuerkopfes. Ein Vierteljahr später . . . . August Bebel ist nicht mehr!

#### Von Bebels Familie.

Bebels Namen und Bebels Wirken haben ihren Weg in die ganze Welt genommen. Von Bebels Frau sprach niemand. An sie, die Gefährtin seiner Kämpfe und Siege, dachte niemand. Bis er selbst in seinen Lebenserinnerungen auch ihr einige einfache, aber bedeutungsvolle Worte widmete. Er, der sich 1864 mit Julie Bebel, damals einer einfachen Schuhmachersin,

der Tochter eines Bahnarbeiters, verlobt und zwei Jahre darauf verheiratet hatte, schreibt von ihr: „Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampf liegt, ist es nicht gleichgültig, welche Gestalt die Frau ist, die an seiner Seite steht. Je nachdem, kann sie eine Stütze seiner Bestrebungen oder ein Belastungsgewicht und ein Hemmnis für denselben sein. Ich bin glücklich, sagen zu können, die meine gehört zu der ersten Klasse. . . . Ich habe meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allzeit opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können. Leitetete ich, was ich geleistet habe, so war dies in erster Linie nur durch ihre unermüdete Pflege und Hilfsbereitschaft möglich. Und sie hat viele schwere Tage, Monate und Jahre zu durchstehen gehabt, bis ihr endlich die Sonne ruhigerer Zeiten schien . . .“

In Wahrheit braucht man nur das ganze Lebenswerk August Bebels zu überschauen und damit dann diese Bekenntnisse vergleichen, um zu erkennen, daß in dieser still wirkenden und nie genannten Frau ein edler und in seiner Art auch großer Mensch gelebt haben muß. Sie war es, die vierundvierzig Jahre lang mit ihrem Mann alle die Stürme und Bedrängnisse der ganzen deutschen Arbeiterbewegung mitgemacht hat. Entbehrungen und Verfolgungen, sie ertrug sie mit ihm still und ohne Helldemut.

Als Julie Bebel am 22. November 1910 an einem unheilbaren Krebsleiden in Zürich starb, war Bebel selbst tief erschüttert und hatte seit jener Zeit viel von seinem inneren Frohsinn verloren. „Es ist ein fürchterlicher Schlag, der mich getroffen hat“, schrieb August Bebel damals einem Parteigenossen. „Er hat eine Lücke in mein Leben gerissen, die nie sich ausfüllen wird.“ Wenn Genosse Grellich damals in seiner Leichenrede auf Julie Bebel es aussprach, daß Bebels Lebenswerk, vor allem aber sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ auch Julie Bebels Werk sei und daß mit diesen Schöpfungen das Andenken an sie weiterleben wird, so hat er nur etwas ausgesprochen, was die kommenden Zeiten bezeugen werden.

August und Julie Bebels Tochter Frida war mit dem Arzt Dr. Ferdinand Simon verheiratet, einem bekannten Forscher, der jahrelang und unermüdet im bakteriologischen Institut der Universität Zürich an der Herstellung eines Serums gegen Streptokokken arbeitete, Bakterien, die bei Eiterungen, so bei Rotlauf, Rindbittfieber und anderen böartigen Entzündungsprozessen nachgewiesen werden. Dr. Simon, der in seiner Jugend dem Kreise um Karl und Gerhart Hauptmann in Jena und Zürich angehört hatte und ein Schüler Ernst Haeckels war, glaubte schon, am Ziele seiner Forschungen zu sein, als er selbst bei Versuchen in den Tagen vor Weihnachten 1911 von einer Maus gebissen wurde. In dieser Infektion ist der tüchtige und noch nicht fünfzigjährige Mann, dessen Buch „Die Gesundheitspflege des Weibes“ weltbekannt wurde, schwer erkrankt und gestorben, als ein Opfer der Wissenschaft. Nun steht Frida Simon mit ihrem Sohne Werner vereint an der Urne ihres großen Vaters . . .

#### Aus der Partei.

Trauerkundgebungen für Bebel. Bebel-Gedächtnisfeiern fanden am Sonnabend und Sonntag in verschiedenen Orten statt. In Stuttgart sprach im Festsaal der Niederhalle der Redaktor Griespen vor 4000 Teilnehmern. In Cannstatt sprach Gen. Keil vor einer starken Parteiversammlung, in Heilbronn sprach Gen. Pflüger vor starker Versammlung. Weitere Trauerkundgebungen fanden statt in Cöhligen, Freudenstadt und anderen Städten. — Die Arbeiterschaft von Göllich hatte sich Sonntagabend im größten Saale der Stadt zu einer erhebenden, überaus zahlreich besuchten Trauerfeier versammelt. Harmoniumklänge und Rezitationen leiteten den Abend ein, und die vom Bezirkssekretär Genossen Ehrlie gebaltene Gedächtnisrede prägte den Anwesenden die Bedeutung des großen Toten in die Herzen. Nunmehr erklangen einige stimmungsvolle Lieder, und zum Schluß der Feier wurde ein lebendes Bild, die Jugend um August Bebel, hergestellt. — Die Genossen in Frankfurt a. M. hatten zu Sonntag mittag eine Trauerkundgebung veranstaltet, zu der etwa 5000 Genossen und Genossinnen erschienen waren. Hier hielt die Gedächtnisrede Gen. Dr. Quack. — Weitere Gedächtnisfeiern fanden statt in Mainz, wo Gen. Adlung die Gedächtnisrede hielt und in Sonneberg (S.-M.); die Gedächtnisrede hielt Gen. Ed. Wehder.

Der irrende Polizeiwachmeister. Am 1. Mai ds. Js. sprach der Genosse Pawlowitsch in Finsterwalde über die Bedeutung des Arbeiterweltfeiertages. Im Laufe seines Vortrages kam Pawlowitsch auch auf die heute übliche Rechtsprechung, wie sie häufig den Arbeiterbestrebungen gegenüber zum Ausdruck kommt, zu sprechen. Er erwähnte einen Strafprozeß, in dem der überwachende Beamte der Versammlung, der Polizeiwachmeister Burzlaff aus Finsterwalde, als Zeuge auftrat. Nach vier Wochen erhielt Pawlowitsch eine Vorladung zum Untersuchungsrichter, wo er erfuhr, daß der Polizeiwachmeister Burzlaff Strafanzeige wegen Verleumdung gegen ihn erstattet hatte. Er soll den Beamten eines Meineids bezichtigt und dadurch beleidigt haben. Pawlowitsch bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er den Beamten des Meineids bezichtigt hätte. Er habe nur ein Urteil des königlichen Landgerichts in Kottbus gelesen, wo allerdings — also gerichtsnotorisch — nachgewiesen wird, daß der Polizeiwachmeister Burzlaff unter seinem Eide etwas ausgefagt hat, was das Gericht für nicht erwiesen erachtete. Die Stelle im Urteil lautet: „Er (der Polizeiwachmeister) hat eidlich bekundet, daß die von ihm angegebenen Erörterungen im Vortrage enthalten gewesen sind. Das Gericht hat für erwiesen erachtet, daß der Zeuge sich hinsichtlich der ersten Ausführungen des Redners geirrt und diese falsch verstanden hat.“ Pawlowitsch hatte daran die Bemerkung geknüpft, daß das Gericht das durch bekräftigt, daß hier objektiv ein Falsheld vorläge, und hatte weiter bemerkt, daß in ähnlichen Fällen Gerichte zur Erhebung der Anklage wegen Meineids und auch zur Verurteilung — siehe Offener Meineidsprozeß — gekommen wären. Zu einer Verhandlung ist es in dieser Sache nicht gekommen. Vor kurzem erhielt Genosse Pawlowitsch von dem Ersten Staatsanwalt des königlichen Landgerichts in Kottbus eine Mitteilung folgenden Inhalts: „Das gegen Sie wegen Verleumdung geführte Verfahren habe ich eingestellt.“ — Der Polizeiwachmeister Burzlaff in Finsterwalde ist also mit seiner Strafanzeige abgeblüht. Ist damit zum zweiten Male dokumentiert, daß seine Aussagen als nicht erwiesen angesehen werden müssen? Er hat aber nicht durch seine Strafanzeige zum zweiten Male den Beweis erbracht, daß seine Fähigkeiten zur Überwachung von Versammlungen, von denen er Bericht erstatten soll, nicht zulangen.

Der Münchener Erzbischof und die Sozialdemokratie. Der bayerische Landtagsabgeordnete Genosse Prof. Ludwigs hat sich das Verdienst erworben, ein bedeutendes und ehrenvolles Kapitel aus dem Leben des jetzigen Erzbischofs von München, Dr. v. Wettinger, darzustellen. Unter dem Titel: „Dr. v. Wettinger und die Sozialdemokratie. Die Wahlkompromisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Pfalz“, hat Genosse Prof. Ludwigs den herausgegeben, das einen sehr wichtigen Beitrag zur allgemeinen deutschen Partengeschichte darstellt. Ein volles



Jahrgang hat in der Pfalz Rot und Schwarz gemeinschaftlich den Kampf gegen jene Kapitalistenherrschaft geführt, die sich liberal nannte. Und alle diese Bündnisse, die mit dem Abkommen zwischen Altar und Kaisergräbern begannen, wurden treulich gehalten; ja, es entwickelte sich sogar zwischen Ansturz und Klerus eine Art von Freundschaft, deren sachliche Unterlage nicht etwa nur die Landtagswahlreform war — denn es gab auch zahlreiche Bündnisse bei den Gemeindevahlen und Verständigungen bei den Reichstagswahlen von 1907 — sondern die in gewissen gemeinsamen demokratischen Gesinnungen des damaligen Zentrums wurzelte! Die treibende Kraft dieses Jahrzehnts schwarzer Kompromisse war nun niemand anders als der Stadtpfarrer von Speyer, Herr v. Bettinger, der jetzige Erzbischof von München, unter dessen Schutz auch Gen. Probst 1905 jene denkwürdige Rundreise durch die katholischen Pfarrhöfe der Pfalz machte. All dies wird in der Broschüre mit geschichtlicher Genauigkeit dargestellt. Gerade in dieser Zeit, da das Zentrum in das Lager des preussischen Junkertums übergegangen ist und mit der politischen Ausnutzung religiöser Gefühle einen skandalösen Mißbrauch treibt, um seinen Abfall von jeder volkstümlichen Gesinnung zu verbergen, wird die Arbeit Probsts in allen Zentrumswahlkreisen gute Dienste leisten, denn sie zeigt die Spalten der katholischen Kirche als Bundesgenossen der Sozialdemokratie. Die Broschüre umfaßt 40 Seiten und ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Buchhandlungen zu haben.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Rechtsbegriffe eines evangelischen Arbeitersekretärs.** In Stolp i. Pomern besteht ein evangelischer Arbeiterverein, der ein Arbeitersekretariat unterhält, das von der Stadt materiell unterstützt wird. Im Juli trat der Arbeitersekretär Andreas Walter aus Köln das Amt an. Am 15. Juli übergab er der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Stolp einen Anmeldebchein für seine Person, der mit dem Namen des Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins „P. Liz. Meyer“ als Arbeitgeber unterzeichnet war. Da die Kasse aber eine Versicherungspflicht des Arbeitersekretärs bestritt, lehnte sie die Aufnahme ab. Einige Zeit darauf wurde der Kasse ein neuer Schein vorgelegt, mit dem Namen: „Andreas Walter, Korbmacher“ und eine Invalidentkarte lautend auf Andreas Walter, Maurexpedit und Handelsmann. Natürlich lehnte die Kasse, da hier offenbar eine Schiebung vorlag, die Aufnahme erst recht ab, denn ein evangelischer Arbeitersekretär mit über 1800 Mark Gehalt, der vorher Maurexpedit und Handelsmann war, kann unmöglich in einigen Tagen als Korbmacher tätig sein. Darauf ersucht der Herr Arbeitersekretär persönlich auf der Kasse und beschwert sich über seine Ablehnung, wobei sich herausstellt, daß die Unterschrift des P. Liz. Meyer von dem Herrn Korbmacher Andreas Walter herrührt. Man bedeutete ihm, er möge sich, wenn ihm Unrecht geschehen ist, an die Aufsichtsbehörde wenden. Am 8. August erhielt die Krankenkasse folgendes amtliche Schreiben:

„Verhandelt. Stolp, d. 7. August 1913.  
Der Korbmacher Andreas Walter, beschäftigt beim Korbmacher Domroese, teilte heute mit, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse hier seine Aufnahme als Kassensmitglied abgelehnt habe, weil er gleichzeitig Arbeitersekretär sei. Er ist seit dem 5. d. Mts. als Korbmachergehilfe bei dem Korbmacher Domroese hier gegen einen Tagelohn von 3,50 Mark beschäftigt. Aus seinem Arbeitsverhältnis bei dem evangelischen Arbeiterverein ist er seit dem 5. d. Mts. entlassen und bezieht bei diesem seit dieser Zeit auch kein festes Einkommen mehr. Etwas vorkommende schriftliche Arbeiten beim evangelischen Arbeiterverein werden von ihm des Abends gegen entsprechende Vergütung gefertigt.  
Begläubigt.  
gez. Struz.  
Stolp, d. 8. August 1913.  
Abschrift vorstehender Verhandlung wird zur Neuerung überandt.“

**Der Magistrat. Zieffe.**  
Es wurden nun Ermittlungen angestellt, die ergaben, daß die Sprechstunden auf dem Sekretariat von 10 bis 1 Uhr vormittags waren, zu der Zeit, wo Herr Walter als Korbmacher tätig war. Natürlich wurde dem Magistrat die richtige Antwort zuteil. Und siehe da, der Herr Arbeitersekretär, Maurexpedit, Handelsmann und Korbmachergehilfe Andreas Walter hat ein Haar in der Arbeit als Korbmacher gefunden und ist als Arbeitersekretär wieder tätig.  
Schließlich wurde noch festgestellt, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse für Korbmacher nicht zuständig ist, sondern ein andere Ortskrankenkasse. Und warum diese Schiebung? Nun, es finden ja die Krankentassenwahlen statt und Herr Walter wollte da wohl etwas besonderes für seine Gefolgschaft tun.

**Gelbe Gesinnung.** Konfusion und Schmarotzerei höchster Potenz kam auf dem „Bezirksverbandstag“ des Werkvereins für Essen und Umgegend zum Ausdruck. Das Fest war mit einer sogenannten Vertreterkongregation eingeleitet worden, zu der außer einigen Herren von der Industrie nach der Landrat von Cyren erschienen war. Aus dem Bericht des „Werkvereins“ vom 16. August ist zu entnehmen, daß es mit der gelben Bewegung doch nicht in dem gewünschten Maße vorwärts gehen will. Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes machte nämlich das Geständnis, daß es „trotz der großen „Erfolge“ noch schneeller gehen würde, wenn nicht zwei Uebel beständen — nämlich: der Name die „Gelbe“ und der immer noch zutage tretende Widerstand von verschiedenen Werksbeamten. Im letzten Falle — so fügte der edle Gelbe hinzu — können die Werksleiter sehr gut Abhilfe schaffen. Die in diese gemütvollen Rat zum Ausdruck kommende Gesinnung wurde noch ergänzt durch die an die anwesenden Unternehmer gerichtete Bitte, die ihnen „zur Veröhnung dargebotene Hand“ anzunehmen mit der Verstärkung: Wir wissen, daß mancher Unternehmer um seine Existenzfähigkeit schwer zu kämpfen hat. Wir wollen deshalb auch nicht, daß wir in der Festsetzung der Arbeitslöhne das Bestimmungsrecht haben sollen. — Und um die Betriebsbeamten besser als Zuträger für die Wertverhältnisse dienstbar machen zu können, riet der Herr den Unternehmern, Beamtenvereinigungen immer mehr einzuführen. Der Redakteur des „Werkvereins“, ein Dr. Arnold, redete über: „Unsere Gegner und wir“. Er war ehrlich genug, zu gestehen: „ein bis ins einzelne ausgeführtes Programm begehren die Wertvereine nicht. Ihre Taten sprechen für sie besser als es ein Programm tun könnte.“ Und im selben Atemzuge brachte der Herr folgenden Satz heraus: Wir geben von den uns gesetzlich zustehenden Rechten auch nicht das geringste auf; aber wir glauben, daß auf der Grundlage redlichen Vertrauens und guten Willens die letzte Notwasser der Arbeiter nicht ergriffen zu werden braucht.“ Wollte der Herr etwa damit die ganze besonders ekle Unbiederkeit des andern Rebers ein wenig paralytisieren? Auf jeden Fall kein Wunder, daß angeführte solcher Beteuerungen der Herr Landrat seiner hellen Freude Ausdruck gab.

denen man unsere Erziehungsbestrebungen verfolgt. Unsere Turnvereine werden die städtischen, vom Gelbe der Steuerzahler erbauten Turnhallen versperrt, Sozialdemokraten wird die Befugnis, Turnunterricht zu erteilen, genommen. Auf der anderen Seite dagegen wird alles getan, den deutschen Jüngling in die patriotischen Vereine zu locken, also an teuflichem Wesen auch die Welt der Jugend von sozialdemokratischen oder nur freirechtlichen Anwandlungen genesen soll. Alle Bestrebungen, die jungen Leute in die deutschen Turnvereine, in die Jünglings- und Gesellenvereine zu bringen, finden die verständnisvolle Förderung der Behörden. Dabei ist es heute offensichtlich, daß die pseudopatriotischen Vereine für die jungen Leute kein Aufenthalt sind, der sie fördern kann. Wie die jungen Leute aussehen, die dort den Ton angeben, das ist bei dem großen Kummel in Leipzig offenbar gemorden, das zeigt sich dem aufmerksamen Beobachter bei jeder Gelegenheit. Das Leipziger Sittenbild, das die Blätter der ganzen Welt auf sich gezogen hat, erhält jetzt grelle Lichter durch einen Mißstand in einem deutschen Turnvereine. In dem Turnverein in Wahn bei Köln ist ein Sumpf aufgedeckt worden, der Kilometerweise gegen den Wind riecht. Die Turnvereine gehören ein wohlhabender Händler namens Anton Breitenloch an, der es mit der Zeit zum Ehrenmitgliede gebracht hatte. Dieser Mann wurde plötzlich verhaftet. Das Gerücht ging, daß er in etwa einem halben Hundert Fällen junge Mitglieder des Vereins und Turnzöglinge verführt habe. Jetzt wurde vor der Kölner Strafkammer gegen dieses unwürdige Ehrenmitgliede verhandelt. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich der Angeklagte in etwa vierzig Fällen an den jungen Leuten nach § 175 vergangen hatte. In den meisten Fällen haben sich die „deutschen Jünglinge stark und sitzhaft“ den Lockungen der gefüllten Gelbbörse dieses Ehrenmannes nicht erwehren gezeigt! In der unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt drei Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten. Das Gericht sah von einer Zuchthausstrafe ab und verurteilte diesen Förderer der patriotischen Jugend-erziehungsbestrebungen zu zwei Jahren Gefängnis. — Über die bekannten Vorgänge auf dem Leipziger Turnfest hatten sich die schwarzen Blätter Rheinlands nach ihren in dieser Beziehung nicht unerheblichen Kräften entleert. Das ist jetzt dem Vereinsanzeiger der Turngemeinde Mühlheim a. Rh. zu viel geworden. In seiner letzten Ausgabe stellt das Blatt fest, daß bei dem unlängst in Köln gefesterten Kolpingfeste (Kolping war der Begründer der katholischen Gesellenvereine) die katholischen Gesellenvereine von der erhebenden Feier am Dentmale Vater Kolpings sich direkt nach den Wohnstraßen der gefälligen Dämchen begeben haben, wo es, wie das Blatt hinzufügt, dann genau die gleichen Szenen gegeben habe wie in Leipzig. Daraufhin ist es in dem schwarzen Blätterwalde merklich still geworden.

### Kommunales.

**Wer mißbraucht den Turnsport zu politischen Zwecken?**  
Auf diese Frage gibt eine Debatte klare Auskunft, die auf dem Stuttgarter Rathaus geführt wurde! Nach einem Beschluß der bürgerlichen Kollegien sollten bei dem im September stattfindenden altberühmten Cannstatter Volksfest olympische Spiele aufgeführt werden. Zu diesem Zwecke war die Volksfestkommission der Kollegien an sämtliche Stuttgarter Sport- und Turnvereine herangetreten und alle hatten ihre Mitwirkung zugesagt mit Ausnahme der deutschen Turnerschaft und des Jungdeutschlandbundes, die nicht mit den Arbeiterturnern zusammen wirken wollten. Die Volksfestkommission, der Mitglieder aller Parteien angehören, traf hierauf die weiteren Vorbereitungen eben mit den Vereinen, die ihre Beteiligung erklärt hatten. Das paßte indessen einigen nationalliberalen Heißspornen nicht. Vermittels einer Interpellation griffen sie in die Geschäfte der Volksfestkommission ein und beschworen in der Plenarsitzung der bürgerlichen Kollegien eine überaus heftige Debatte herauf, deren Ergebnis der mit knapper Mehrheit gefasste Beschluß war, von der Ausführung der olympischen Spiele abzusehen, wenn nicht die deutsche Turnerschaft sich noch zur Mitwirkung bewegen läßt. Die Debatte bot unseren Gemeindevertretern reichlich Gelegenheit, den bürgerlichen Vertretern zu Gemüte zu führen, wer in diesem Falle die Politik in eine rein sportliche Angelegenheit hineingetragen hat. Bis in die jüngste Zeit hielten sich die deutschen Turnvereine in Württemberg im allgemeinen von dem aggressiven Kampf gegen die freie Turnerschaft, der im übrigen Deutschland vielfach üblich ist, fern. Seit dem korporativen Anschluß der deutschen Turnerschaft an den Jungdeutschlandbund ist das anders geworden. Dieser neueste Vorgang in Stuttgart ist geeignet, den Arbeiterturnern, die noch der deutschen Turnerschaft angehören, die Augen zu öffnen. Die Arbeiterturner waren bereit, an einer großen Aufzählung zur Hebung eines Volksfestes ohne Rücksicht auf die Beteiligung andersgerichteter Vereine mitzuwirken. Die „nichtpolitischen“ deutschen Turner aber weigerten sich, die Arbeiterturner als gleichberechtigt anzuerkennen. Und die Stuttgarter Stadtväter stehen der parteipolitischen Gefälligkeit der treudeutschen Turner zuliebe ihren eigenen Plan um. „Das Volksfest ist kein Podium für sozialdemokratische Parteiturvereine“, sagt der nationalliberale „Merkur“ aller gefunden Logik zum Hohn. Nicht vergessen darf aber werden, daß neben den nationalliberalen, den konservativen und den Zentrumsvertretern auch einige Volksparteiler sich dem Parteihaf der deutschen Turnerschaft unterwarfen.

**Ein Kommunalkonflikt.** In dem bekannten Harzger Kurorte, Bad Harzburg, hält seit einigen Monaten ein Kommunalkonflikt die Gemüter in Aufregung. Die reinen Badangelegenheiten unterstehen in Harzburg der Verwaltung eines Stadtkommissars. Die Kosten hat die Stadt zu tragen. Einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bemühten sich nun, der nicht unberechtigten Meinung Geltung zu verschaffen, daß die ziemlich beträchtlichen Einnahmen nun auch in den Stadtsäckel statt in die Staatskasse zu fließen hätten. Den Standpunkt teilten jedoch keineswegs alle Mitglieder der städtischen Körperschaften und als erstes Opfer des Streites trat bereits am 1. Juni d. J. der langjährige Bürgermeister v. Sutterheim von seinem Amt zurück, während ein anderes Magistratsmitglied „auf unbestimmte Zeit“ in Urlaub gegangen ist. Der Streit spitzte sich schließlich dahin zu, daß vier Stadtverordnete im Stadtparlament Obstruktion trieben. Dafür wurden sie von der zurückgebliebenen aus fünf Mitgliedern bestehenden Mehrheit des Stadtparlaments „wegen Unwürdigkeit“ vom Kollegium ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen beschritten dagegen den Beschwerdeweg, bevor jedoch auch nur die erste Instanz über die Beschwerde befinden konnte, beramte der neue von der Regierung eingesetzte kommissarische Bürgermeister die Ersatzwahl an, die inzwischen auch schon stattfand. Natürlich gab es einen heißen Wahlkampf und die Folge war, daß drei von den vier Neugewählten zur Sache der Obstruierenden schwören! Für die Mehrheit im Stadtparlament war also so gut wie nichts gewonnen. Mittlerweile hat nun auch noch die Regierung die Ausschließung der vier obstruierenden Stadträte als unberechtigt anerkannt. Was nun werden soll, das steht in den Sternen geschrieben! Einstweilen tobt der Kampf ungeschwächt weiter . . .

### Aus dem Gerichtssaal.

**Wieder ein militärischer Aufruhrprozess.** Das Kriegsgericht der 1. Gardebataillon in Berlin verhandelt gegen sechs Kanoniere vom Bataillon der Feldartillerie-Schleßkule in Jüterbog wegen militärischen Aufruhrs und Beleidigung eines Vorgesetzten. Die Anklage zieht unter anderem die §§ 106 und 107 des Militärstrafgesetzbuches an, die Gefängnis- oder Zuchthausstrafen nicht unter fünf Jahren androhen und die den Gegenstand erregter Debatten während der Beratung der Heeresvorlage im Reichstage bildeten. Angeklagt waren die Kanoniere Matthias Jacobs, August Reck, Waldemar Coe, Franz Stiever, Clemens Neumann und Willi Breech; Reck hatte sich außerdem wegen Entwendung verschossener Munition, Fahnenflucht und Beharrens im Ungehorsam zu verantworten. Es handelt sich bei der Hauptanklage um eine Ausschreitung auf dem Übungsplatz in Jüterbog. Etwa 45 Kanoniere waren von einem jungen Unteroffizier zum Schießplatz geführt worden und unterwegs kam es dann zu Unzufriedenheiten, wobei eine Anzahl Kanoniere den Gehorsam verweigerte und mehrere von ihnen angeblich den Unteroffizier mit Sand bewarfen. Die sechs Angeklagten wurden als die Hauptbeschuldigten ermittelt und noch an demselben Tage verhaftet. Die Vernehmung der Angeklagten und zahlreicher Zeugen ergab, daß wohl aus der Kolonne Schimpfworte gegen den Unteroffizier gefallen waren, daß aber niemand genau angeben konnte, wer gerufen hatte. Bezüglich der Fahnenflucht des Angeklagten Reck wurde festgestellt, daß Reck im Zustande völliger Erschöpfung und offenbar beschränkter Zurechnungsfähigkeit die Truppe verlassen hat. Den Beweis dafür, daß der Unteroffizier mit Sand beworfen worden sei, hat die Verhandlung nicht gezeigt. Die Angeklagten Coe und Stiever wurden von der Anklage des militärischen Aufruhrs freigesprochen; Jacobs wurde wegen Ungehorsams vor verammelter Mannschaft zu vier Monaten Gefängnis, Breech wegen des gleichen Vergehens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; gegen Neumann wurde wegen einfachen Ungehorsams auf 14 Tage Mittelarrest, und gegen Reck wegen Gehorsamsverweigerung in zwei Fällen in Verbindung mit Beleidigung und unerlaubter Entfernung auf sechs Monate und 15 Tage Gefängnis erkannt. Von der Anklage des militärischen Aufruhrs wurden die Angeklagten freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß nur wegen Mangels ausreichender Beweise nicht auf militärischen Aufruhr erkannt worden ist. Den zu Gefängnis verurteilten Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet.

### Standesamtliche Nachrichten

vom 10. bis 16. August 1913.

#### Eheliche Geburten.

- a) K n a b e n : (Name und Beruf des Vaters).  
29. Juli. Former F. H. C. W. Engel.  
1. August. Arbeiter R. Chr. F. Wede. 2. Unteroffizier, Stabsbannanz der 81. Infanterie-Brigade Lübeck, G. U. F. Frigemeier. 3. Gärtner F. Schröder. 5. Schlosser E. J. C. Wolchert. 7. Lagerarbeiter H. W. C. Stahl. 9. Oberlehrer Dr. phil. D. G. C. Decke. 10. Eisenbahn-Wagen-schieber P. D. S. Meyer. 11. Bibliothekar Dr. phil. F. F. H. Weber. Arbeiter G. Wiborny. Schlachtergeselle R. H. S. Grimm. 12. Maschinenschlosser E. U. U. Chr. Jacobs. 13. Feizer H. F. J. Groth. 15. Bootsbauer W. K. J. Lorenz.  
b) M ä d c h e n : (Name und Beruf des Vaters).  
3. August. Maurer G. F. Chr. R. Michaels. 7. Kaufmann G. E. U. M. Voss. Klempnermeister W. H. J. Pump. 9. Arbeiter H. F. J. Lindemann. Klempner W. M. H. Brenner. 10. Fensterputzer R. Pustolla. Wärfeldweber G. Wendi. Schmiedemeister P. W. Müller. Arbeiter G. H. F. Spehmann. Arbeiter D. K. H. Kröger. Steinbrucker D. G. U. Latje. 11. Schlosser G. B. Gilbert. 13. Tapezier und Dekorateur J. H. J. Sülberg. 14. Lokomotivführer R. R. Plagemann.

#### Angeordnete Aufgebote.

11. August. Eisenbahndiätar M. H. W. Schröder und A. M. Westphal, beide in Hamburg. Arbeiter H. J. H. Duhr und J. Chr. S. Schult in Schwyz. Maurer F. Janota und A. Welsch geb. Streitberg. Schreier P. F. J. Clemann und A. A. Franke. Bankbeamter G. R. J. Maßmann in Hamburg und H. R. W. Müller. 13. Schmiedegeselle J. W. Branske in Hamburg und H. J. C. Schulz. Lagerarbeiter H. P. Jansen und G. C. Ch. Cordis in Groß-Steinrade. 14. Monteur P. J. W. Dettmann und W. L. A. Schröder. Bildner H. G. J. Barg und F. A. M. Woffe, beide in Benzin. 15. Steinbrucker J. W. G. Raehler und G. A. C. Sahlmann. Kaufmann J. W. Krüßmann und Chr. C. Pfeiffer in Halle a. S. Schornsteinfegermeister J. U. J. Nilsen in Heide und M. G. D. Blöcker in Welsdorf. 16. Arbeiter R. Hansen und H. Chr. C. Heibel. Flussschiffergehilfe H. U. C. B. Gewohn und G. D. F. Lindenbergl.

#### Ehehlichungen.

12. Drogist H. W. R. R. Koch und P. F. A. Lorge. 14. Prakt. Arzt Dr. med. F. Weil in Deutzen D.-S. und G. D. M. L. Meyer. 15. Architekt und Maurermeister G. F. Barbey und W. R. R. D. Hennings. 16. Ingenieur G. E. W. G. Fischer in Harburg a. G. und M. H. F. C. Ohmann. Maurermeister G. F. J. Junge und A. C. A. Graack. Maschinist W. D. H. Seebach und F. Rief. Maestro F. Bunis und M. W. Ch. F. Schröder. Arbeiter R. F. R. Bollow und H. A. Wolter. Schlossergeselle G. A. Fischer und H. F. J. Meyer. Maschinenbauer A. F. R. List und M. U. J. M. Escheel. Privatmann H. R. H. Stark und W. H. F. Sommer geb. Johannsen. Bürstenmacher M. Schelen und A. A. Samuelsson. Steinformer H. R. F. Mödding und M. M. D. Frähmte. Steinmetz Ch. Söllner u. M. Aigner.

#### Sterbefälle.

9. August. M. M. C. D. Klatt, 9 J. (Hamburg). 10. G. F. H. Schlütz, 2 Mt. H. L. Matt, 2 Mt. W. R. C. Bahr, 4 Mt. L. D. Logki, 43 J. (Mendorf im Lübeckischen). 11. M. S. H. Dietrich, 1 Mt. Ein Mädchen, 2 J. W.: Klempner W. A. H. Brenner. Gefunden in der Trave: Eine unbekannte männliche Leiche. Mechanikergehilfe H. P. H. Groth, 26 J. 12. A. G. H. Becker, 26 J. Privatmann J. H. F. Grühmacher, 66 J. Arbeiter G. H. W. Hübenbecker, 48 J. 13. Rentier J. F. A. Beth, 72 J. (Geh. hofst.) H. G. J. Burmeister, 5 J. (Vöppendorf). Ein tot geborenes Mädchen, W.: Kutscher A. G. J. F. Stier. A. H. D. Johanneßen, 4 Mt. 14. S. M. C. geb. Dahl, Witwe des Landmannes C. Grambow, 71 J. 15. M. D. F. C. geb. Wölkner, Ehefrau des Fabrikanten J. C. L. Stroh, 64 J. 16. Arbeitsmann E. P. G. Lange, 60 J. Briefträger J. G. H. Paritong, 40 J.

### Aus der Jugendbewegung.

**Verlässliche Früchte der bürgerlichen Jugendberziehung.** Staatsanwälte und Gendarmen trotten hinter der Jugendbewegung der Arbeiter her, unendlich sind die Schikanen, mit



# Aus Nah und Fern.

**Eiserfuchtdrama.** Die im Osten Berlins wohnende, von ihrem Mann getrennt lebende Heimarbeiterin Eckelt, aus Ottmannshausen in Sachsen-Weimar gebürtig, ist wahrscheinlich in der Nacht zum Sonntag von ihrem Geliebten, dem Monteur Kessan, aus Eiserfucht erschossen worden. Kessan, der auch von seiner Familie getrennt lebt, scheint nach den hinterlassenen Aufzeichnungen geistig nicht ganz normal zu sein. Er schrieb, daß er nach Wriezen fahren wollte, um seine Frau zu erschlehen.

**Zusammenstoß zwischen Auto und Zug.** Nach einer amtlichen Meldung aus Straßburg stieß am Sonnabend nachmittag 4 Uhr ein mit 5 Personen besetztes Automobil bei dem unbewachten Übergang der Chaussee von Damgarten nach Straßburg in Kilometer 22,6 der Strecke Belgast-Perrom mit dem Personenzug 303 zusammen. Hierbei wurden verletzt: Gutsbesitzer Hertel aus Ruhen bei Ziegenhof (Medl.), Gutsbesitzer Zeuner und Frau Zeuner, welche nach Anlegung von Notverbänden in das Rostocker Krankenhaus überführt wurden. Das Automobil wurde von dem Gutsbesitzer Zeuner selbst geführt, dem auch die Schuld an dem Unfälle beizumessen sein dürfte. Der Überweg ist gut zu übersehen und das Lautwerk der Lokomotive war rechtzeitig in Tätigkeit gesetzt worden.

**Ein „idcaler“ Hauswirt.** Im Hause Horstweg 25 in Charlottenburg hat am Sonntag der Hauswirt Hilcher seinen Mieter, den 40 Jahre alten Kutcher Michael Roja, Vater von 8 Kindern, welcher ausruken wollte, erschossen. Der Hauswirt wurde verhaftet. Er will in Notwehr gehandelt haben.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** In einer nicht vollständig ausgebliebenen Abgasleitung eines Hochofens in Charleroi verunglückten 8 Arbeiter. 2 sind tot, die übrigen liegen in schwerer Ohnmacht und schweben in Lebensgefahr.

**Die amtlichen Turnvereine.** In der „Staßfurter Zeitung“ war dieser Tage ein mehr als sonderbares Inserat zu lesen. Es lautete:

**Bekanntmachung.**

Am 24. August d. J. findet in Staßfurt ein von der deutschen Turnerschaft, Kreis 3c, veranstaltetes Kreisturnen mit folgendem Programm statt. . . Jedermann ist als Zuschauer willkommen.

Magdeburg, den 4. August 1913.

**Der Regierungspräsident.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Staßfurt, den 12. August 1913.

**Der Magistrat: Dr. Berger.**

Sind die hurrapatriotischen Turnvereine nun bereits zu amtlichen Organisationen geworden oder wie sonst soll man sich diese Bekanntmachung erklären?

**Das bürgermeisterliche Leumundszeugnis.** Einen Glatten, aber gutgesinnten Bürgermeister hat die Gemeinde Darsberg in Hessen. Der gute Mann fertigte einem Schlossergesellen folgendes Leumundszeugnis aus:

**Leumundszeugnis.**

Es wird von unterzeichneter Stelle dem Hausbesitzer Adam Gauß, zurzeit auf Wanderschaft, geb. am 5. August 1892 zu Darsberg, Kreis Heppenheim, Sohn des Landwirts Joh. Gg. Gauß dahier, hiermit bescheinigt, daß derselbe lebigen Standes, evangelischer Religion ist und solange derselbe hierorts wohnhaft war, einen guten Lebenswandel geführt. Auch so viel uns bekannt, nicht der Sozialdemokratie angehört, so daß wir dem obengenannten nichts nachteiliges berichten können. Im Strafregister befindet sich kein Eintrag und ist uns nichts bekannt, daß derselbe wegen eines Vergehens bestraft worden war.

Darsberg, den 5. August 1913.

Großh. Bürgermeisterei Darsberg.

**Kriegen.**

Dieser Herr Bürgermeister hat zweifellos das Richtige getroffen. Es sollte überhaupt reichsgesetzlich bestimmt werden, daß in die polizeilichen Leumundszeugnisse ein Passus über die politische Zuverlässigkeit des p. v. Untertanen einfügung ist. Erst dann wird es besser werden im lieben deutschen Vaterland.

**Schweres Unglück in einem westfälischen Bergwerke.** Auf der Zeche Erin verunglückten zwei Bergleute beim Fördern von Eisenerzen. Sie übersahen, daß die Stangen aus dem Förderkorb hinausragten und prallten damit zusammen. Dem einen wurde der Kopf abgerissen, der andere in den Brustkorb geschleudert, später wurde die zerschmetterte Leiche des letzteren zutage gefördert.

**Autounfälle.** Wie der „Königlichen Volkszeitung“ aus Züllich gemeldet wird, fuhr auf der Landstraße von Hoven ein Auto mobil bei der Rückkehr von einer Vergnügungsfahrt, die der Chauffeur ohne Vorwissen seines Herrn mit fünf jungen Leuten unternommen hatte, auf einen in gleicher Richtung fahrenden Wagen auf. Die Insassen des Autos wurden herausgeschleudert. Einer starb nach wenigen Minuten, drei wurden erheblich, zwei sowie der Kutcher des Wagens leicht verletzt. — In Leonberg (Württemberg) ist der 88jährige Ortsvorsteher von Pfaltz, Bühler, bei einem Automobilunglück getötet worden. Der Eigentümer des Automobils, Architekt Becker, und ein anderer Insasse wurden schwer verletzt. Ein weiterer Mitfahrer kam ohne Schaden davon. Das Unglück ist durch Radsbruch verursacht worden.

**Gerettet.** Aus Witten a. Ruhr wird gemeldet, daß die vier Bergleute, die auf der Zeche „Damburg“ infolge Zubruchgehens einer Strecke eingeschlossen waren, am Sonnabend abend 11 Uhr nach achtfündiger Aufräumungsarbeit von der Rettungsmannschaft unverletzt zu Tage gebracht worden sind.

**Schweres Grubenunglück.** Am Montag nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr ereignete sich in Herne auf der Zeche „Konstantin der Große“ ein schweres Grubenunglück. In der Rüststrecke zu dem neuen Schacht 10 war man mit Sprengarbeiten beschäftigt. Als ein Schuß nicht losgehen wollte, näherten sich ein Steiger und drei Bergleute der Stelle, um die Ursache des Versagens festzustellen. In demselben Augenblick explodierte die Patrone und die vier Personen wurden durch umherfliegende Sprengstücke sehr schwer verletzt. Bergmann Vesper aus Wanne erlitt Lebensgefahrliche Verwundungen am ganzen Körper und wurde dem Krankenhaus in Herne zugeführt, wo er hoffnungslos darniederliegt. Die zwei anderen Bergleute haben ebenfalls sehr erhebliche Verletzungen erlitten. Der Steiger Dirkes aus Herne wurde am Kopf sehr schwer verwundet und fand Aufnahme im „Bergmannsheil“ in Bochum.

**Au der Bahnhofsperre erschossen.** In Göppingen geriet der Reisende Doster aus Tilschardt mit dem Hilfsweichensteller Veb, der die Bahnhofsperre versah, in einen Streit, weil Doster ohne Fahrkarte die Sperre durchschreiten wollte. Im Verlaufe des Streits zog Doster einen Revolver und schoss Veb nieder. Veb war sofort tot. Er hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder. Doster wurde von den Zeugen des Vorfalls derart verprügelt, daß er zunächst ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

**Drei Arbeiter erstickt.** Im Raffelsteiner Eisenwerk bei Neuwied sind gestern drei junge Arbeiter durch Einatmen giftiger Gase erstickt. Sie hatten sich unerlaubterweise in einem dem Betriebe noch nicht übergebenen Waschraum schlafen gelegt.

**Steuerhinterziehung.** In Ulm hat ein in den dürftigsten Verhältnissen gestorbenen Handelsmann namens Bamberg 800 000 Mk. hinterlassen. Da er keine Steuern bezahlt hat, müssen die Erben jetzt an den Staat 28 500 Mk. und an die Stadt 17 000 Mk., außerdem noch Bezirksabgaben zahlen. Der Verstorbene war als Darlehensgeber in Studentenkreisen unter dem Namen „Lord Bamberger“ sehr bekannt.

**Furchtbare Bluttat einer Frau.** Sonntag abend hat der Schlächtermeister Reisinger in Cham i. Bayer. Wald seine Frau und seine drei Kinder erschlagen und ein viertes Kind tödlich verletzt. Dann schnitt er sich die Pulsadern auf; auch er wurde tot aufgefunden. Es scheint sich um einen Anfall von Geistesstörung zu handeln.

**Einbahnunglück infolge von Überschwemmung.** Aus Nimaßombat in Ungarn wird gemeldet: Infolge des strömenden Regens wurden ein Eisenbahnstamm und eine Brücke unterwühlt. Zwei Eisenbahnwaggons wurden auf die Brücke verdrängt; diese stürzte ein, die Waggons, auf denen sich zehn Mann befanden, saukten in die Tiefe. Sechs Personen sind verletzt geborgen worden, von denen eine später im Spital starb. Die vier anderen sind ertrunken.

**Großfeuer in Schweden.** Sonntag vormittag entstand aus unbekannter Ursache in dem Holzlager einer Dampfzähmühle in Sandvik beim Holmsund ein Feuer, durch das der gesamte Holzvorrat des Lagers und die Geschäftshäuser zerstört wurden. Infolge des starken Windes breitete sich, wie die Stockholmer Meldung weiter berichtet, das Feuer auf den etwa einen Kilometer entfernten Dampfschiffskai aus, wo ein Packhaus und ein Wohnhaus niederbrannten. Auf einer 200 Meter entfernten Insel wurden durch das Feuer mehrere in Reparatur befindliche Fahrzeuge und Holzvorräte vernichtet. Sodann sprang das Feuer auf eine benachbarte

größere Insel über, wo der Wald in Brand geriet. Mithin ist zur Hilfeleistung angefordert.

**Mysteriöser Fund.** Im Bezirkskrankenhaus Gannstadt wurde gestern im bewußtlosen Zustande ein unbekannter Fellenhauer aus Malsch bei Göttingen in Baden eingeliefert, der unter merkwürdigen Umständen im Walde zwischen dem Göttinger Jägerhaus und Stetten aufgefunden worden war. Er war an Händen und Füßen gefesselt und trug am Hals eine Selbstbinderkrawatte, die ihm den Atem raubte. Blutsucher hatten ihn gefunden und den Landjäger benachrichtigt. Die Tat ist scheinbar von mehreren Personen verübt worden, die den Fellenhauer in den Wald schlepften und in einen Graben zu stürzen versuchten.

**Eine beschlagnahmte Millionenebschaft.** Zwischen der französischen Regierung und der Stadt Genf dürfte es zu einem eigenartigen Erbschaftsprozess kommen. Der Streit dreht sich um die Nachlasssteuer auf das Vermögen des 1873 verstorbenen Herzogs von Braunschweig. Das Vermögen des Herzogs fiel testamentarisch der Stadt Genf zu, wo der Herzog residierte. Das Testament aber wurde in Paris, wo der Herzog seinen offiziellen Wohnsitz hatte, gerichtlich geöffnet, und der französische Staat erhob schon damals Ansprüche auf eine Nachlasssteuer. Um jetzt ein Pfand für die Nachlasssteuer zu erhalten, hat die französische Dänenverwaltung mit Genehmigung des Finanzministeriums die beträchtlichen Güter beschlagnahmt, die ein vor kurzem in Bellegarde verstorbenen Franzose namens Baudin der Stadt Genf hinterlassen hat. Die Nachlasssteuer auf das Vermögen des Herzogs von Braunschweig beträgt ungefähr 3 240 000 Franken ausschließlich der Zinsen seit 1873. Die Stadt Genf, die offiziell von der Zwangsmaßnahme der französischen Regierung noch nicht Kenntnis erhalten hat, will ihre Rechte in einem Prozeß bis aufs äußerste durchsetzen.

**In der Fremdenlegion zum Tode verurteilt.** Aus Solingen wird berichtet: Seit dem 14. Juni war der 19jährige Sohn Max der Familie Gustav Simon zu Mangelberg, Dönhofsstraße, spurlos verschwunden. Die besorgte Familie erhielt jetzt von ihm einen Brief, in dem er folgendes schreibt: „Sidi Bel Abbes, 6. Aug. Liebe Eltern! Ich bitte um Verzeihung für den Schritt, den ich getan habe. Auch den Max bitte ich um Verzeihung, es ist das Letzte, was ich noch tun kann vor meinem bevorstehenden Tode, denn ich bin viermal hintereinander aus der Fremdenlegion, denn darin befand ich mich, geflohen. Ihr könnt Euch gar nicht denken, was für ein Gefühl ich jetzt vor meinem Tode habe, als wenn ich der schlechteste Mensch auf Gottes Erdboden wäre; auch das Essen, was die Schweine hier noch nicht einmal essen, und was ich sonst mit dem besten Appetit gegessen habe, schmeckt mir nicht mehr, ich habe schon zwei Tage nichts mehr gegessen. Morgen früh um 7,30 Uhr werde ich die Augen für immer schließen, wenn nicht meine Reklamation frühzeitig angekommen ist. Ich bin zum Tode durch standrechtliche Erschießung vor meinen Landsleuten, Deutschen, verurteilt. Also, wenn meine Reklamation nicht frühzeitig angekommen oder nicht angenommen ist, bin ich schon verkauft, wenn mein Brief eintrifft. Vielleicht habe ich Glück, wenn nicht, auch gut. So muß ich meine Zeit dienen. Wenn ich begnadigt bin, schreibe ich Euch sofort. Schreiben könnt Ihr sowieso, meine Adresse ist: An Legation Simon, Sidi Bel Abbes, Afrika Algier. Ohne Geld kommt keiner weg. Also vielleicht mit dem letzten traurigen Gruß. Euer undankbarer Sohn Max.“ Die Walder Behörde hat den Brief des Legionärs zwecks weiterer Erkundung an das Auswärtige Amt gesandt. Daß der junge Mann schon erschossen worden sein soll, wird von den Behörden als unglaubwürdig bezeichnet.

**Taufen an der chinesischen Südküste.** In Hongkong sind Nachrichten aus Macao eingelaufen über den Taifun, der dort ungeheuren Schaden angerichtet habe. Praygranbe sei unter Wasser gefegt; große Teile des Deiches auf dem fürzlich erst dem Meer abgerungenen Lande in der Nähe der Barra-Forts seien eingedrückt worden. Mehrere Häuser im Tarafiro-Distrikt seien eingestürzt, viele Bewohner ums Leben gekommen. Zahlreiche Dschunken im Hafen von Macao seien gesunken. Eine Flotille von Fischerdschunken sei im Hafen von Macao vollkommen zerstört worden über 150 Personen sind ertrunken.

**Doch entwischt.** Aus New York wird gemeldet, daß Herr Thaw, der vor fünf Jahren in dem Aufsehen erregenden Prozesse wegen Mordes an dem ehemaligen Schaher seiner Frau verurteilt wurde, aus dem Irrenzuchthause in Matteawan entkommen ist. Er soll durch eine offene Tür entflücht und in einem Automobil abgefahren sein. Schon seit Jahren arbeitete Thaw auf die Flucht hin; jetzt ist ihm ge glückt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Komitee und Kommissionssitzungen**

Morgen Mittwoch 9 Uhr:  
**Abrechnung**  
vom Kreisturnfest. (6172)

Ernst Junge 6182  
Alma Junge, geb. Graack  
Bermühle.  
Lübeck, den 16. August 1913.  
Für die vielen Aufmerksamkeiten sowie dem Chorverein unsern herzlichsten Dank. D. D.

Unserer werten Freundin Marie Frisk zu ihrem 50. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch. (6184)

Reinen Arbeitkollegen der Kochschen Werk besten Dank für die Unterstützung, sowie zur Nachricht, daß es mir etwas besser geht. (6167)

Wih. Liermann und Familie.

**Ein Arbeiter**  
gesucht für dauernde Beschäftigung.  
Karl Roth, Kohlenhandlung,  
6181) Schwaben.

Gesucht 2 ruh. Zimmern z. 1. Okt. eine Wohnung in der Stadt im Preise bis 240 Mk. Eng. u. K S an die Exp. d. Bl. (6175)

**Möbl. Zimmer zu vermieten.**  
6174) Sadowstr. 2, 1.

**PUCK**  
DIE NEUE QUALITÄTS-  
3 Pfg.  
CIGARETTE  
m/Gold  
m/Hohlmst  
flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

**Die Arbeiter-Garderobe**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.  
Markt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	2.20—6.45
Maurerhosen . . .	2.60—6.75
Schlosserhosen . . .	1.88—5.25
Überziehhosen . . .	1.08—2.35
Swirn-Hosen . . .	1.68—3.25

leimene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

**Möbliertes Zimmer**  
zu vermieten. (6169)  
Glandorffstr. 50, II.

Zum 1. Okt. v. Jg. Eheleuten mit 1 Kind eine geräumige 2-Zimmer-Wohnung m. all. Zubehör gesucht. Ana. u. J. J. a. d. Exp. (6188)

**Junge belg. Riesenkaninchen**  
zu verkaufen. (6188)  
Schwartauer Allee 221.

Zu kaufen gesucht e. mittelgroßer Blockwagen für Kinder.  
Ana. u. L. H. an die Exp. (6177)

**Gelunden**  
am Freitag ein Wortermonnaie mit Inhalt. (6171) Abzuholen Friedenstr. 75, L.

**Gelunden**  
am 12. Aug. (Nachm.) mehr) eine Damenuhr. (6176) Carl Feddern.  
Riendorff bei Lübeck.